

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 28 Seiten

www.schweizerzeit.ch | 42. Jahrgang, Nr. 10, Freitag, 14. Mai 2021

Das Fraktal Schweizer Klimapolitik

2

Frontalangriff auf unsere Landwirtschaft

12

Problematische Elektrofahrzeuge

18

Frühlingsgruss

Bild: zugesandt von Peter K. Sczapanek, ehem. Schlesien



Idealismus, Selbstkasteiung, Abhängigkeit vom Ausland, Pfründenwirtschaft

Das Fraktal Schweizer Klimapolitik

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Benoît B. Mandelbrot war ein genialer Mathematiker. Er prägte wie kein anderer den Begriff «Fraktal». Mandelbrot zeigte auf, dass angeblich nicht beschreibbare chaotische Objekte, für die bisher eine mathematische Zuordnung unmöglich war, genau definierten geometrischen Mustern folgen – sogenannte Fraktale.



Natürliche Fraktale sind die Formen von Bergen, Küstenlinien, der Verlauf von Flüssen, die Verästelung von Pflanzen. Von unserem menschlichen Körper, von Blutgefässen und Lungenbläschen bis zur Unendlichkeit des Universums mit angeblich wilden Sternenhäufen, welche Galaxien bilden:

Immer handelt es sich um Fraktale, d. h. um wiederkehrende geometrische Muster. Doch Mandelbrot wäre nicht Mandelbrot, hätte er auch nicht seine Forschung auf die quantitative Beschreibung menschlichen Handelns ausgeweitet. Und siehe da, er fand fraktale Strukturen in der Musik, in der Malerei und Architektur sowie in Börsenkursen und Konjunkturabläufen. Hätte Mandelbrot nach Fraktalen in der Politik gesucht, insbesondere in der Klimapolitik, er hätte sie mit Bestimmtheit gefunden.

Wir stehen nun vor einer wichtigen Abstimmung zur Schweizer Klimapolitik am kommenden 13. Juni. Eine Politik die vordergründig chaotisch wirkt, jedoch klar von vier Faktoren geprägt wird und somit unter ein fraktales Muster fällt: Idealismus, Selbstkasteiung, Abhängigkeit vom Ausland, Pfründenwirtschaft.

Idealismus

Obwohl die Schweiz weltweit zu den Ländern gehört, deren CO₂-Ausstoss am tiefsten ist – tiefer als ein Promille des weltweiten Ausstosses – soll nun mittels eines neuen Gesetzes der Ausstoss von CO₂ massiv besteuert werden. Dies wohl in der Meinung, dass das exemplarische Verhalten der Schweiz die Welt verändern werde. Die

Schweiz als strebsame Musterschülerin der Welt. Doch wer bezahlt die Rechnung?

Erlauben Sie mir einen kurzen Exkurs. Unsere Luft besteht aus 78 Prozent Stickstoff, 21 Prozent Sauerstoff, ca. 1 Prozent Edelgasen und 0,038 Prozent CO₂. Von den 0,038 Prozent CO₂ produziert die Natur selbst etwa 96 Prozent, den Rest, also 4 Prozent, produziert der Mensch. Das sind 0,00152 Prozent der Luft. Und genau dieser verschwindend kleine Anteil der Luft soll den Klimawandel verursachen?

Völlig überflüssiges CO₂-Korsett

Während wir nun also unsere Wirtschaft in ein völlig überflüssiges CO₂-Korsett zwingen sollen, um den ohnehin geringfügigen Schweizer CO₂-Ausstoss zu reduzieren, kümmert dies die weltweit grösste CO₂ ausstossende Volkswirtschaft wenig. China produziert nämlich so viel CO₂ wie der ganze Rest der Welt zusammen. 27 Prozent sämtlicher CO₂-Emissionen der Welt gehen in China in die Luft, nämlich jährlich 14 Gigatonnen – eine Verdreifachung seit dem Jahr 1990. Unter Experten ist jetzt schon klar, dass China die Welt auch auf diesem Gebiet hinter Licht führen wird und sich mittels selektiver Informationsfreigabe den eigenen CO₂-Ausstoss freihalten wird. So plant und baut China munter weiterhin Kohlekraftwerke. Während die Welt unter der von China induzierten Pandemie ächzt und stöhnt, haben die Chinesen ihre Kohleförderung allein im letzten Jahr um 25 Prozent erhöht, denn der unermessliche Strombedarf in China stammt zur Hälfte aus Kohlekraftwerken.

Dass die Chinesen die verlängerte Werkbank der Welt sind, ist mittlerweile allen (schmerzhaft) bekannt. Doch China setzt den Freipass für die wilde CO₂-Emission nicht nur für die industrielle Produktion ein. Mittlerweile ist China der weltweit grösste «Bitcoin-Miner», der elektronischen Flucht- und Spekulationswährung, welche auch weltweit von Drogenhändlern und sonstigen Kriminellen gebraucht wird, um ihr Geld vor der Justiz zu verstecken – deren Rechnungseinheit mittlerweile auf einen Wert von sage und schreibe 50'000 US Dollar angestiegen ist. 65 Prozent des weltweiten Bitcoin-Minings findet in China statt. Für die Rechenleistung dieses «Erarbeitens» von Bitcoins wird in China ungefähr so viel Strom benötigt wie ganz Italien jährlich verbraucht.

Selbstkasteiung

Die Antwort auf die eingangs gestellte Frage: «Wer bezahlt die Rechnung bei Annahme des CO₂-Gesetzes?» ist einfach.

**WIR BAUEN UND
PFLEGEN IHR
GARTENPARADIES**

INSPIRATION FÜR DEN GARTEN ✨

Strupler Gartenbau AG | 8570 Weinfelden | strupler-gartenbau.ch

Sie und ich. Wir werden uns durch die Annahme des CO₂-Gesetzes selbst horrend besteuern. Dies aus ideologischen Gründen einer meinungsbestimmenden Minderheit, welche die Errungenschaften der Nachkriegsgeneration mit einem Federstrich prohibitiv verteuern wird: Wohnkomfort im Winter, individuelle Mobilität, Reisen. Es geht also zurück in Richtung Vorkriegszeiten, als Heizen ein Luxus war und viele zuhause froren, als der Besitz von Autos ein Privileg von wenigen darstellte und Flugreisen ins Ausland nur etwas für Millionäre war.

Es bleibt nicht bei einer erhöhten direkten Steuerbelastung aufgrund eines CO₂-Gesetzes. Sämtliche Waren und Dienstleistungen werden sich verteuern, denn Waren werden per Lastwagen verteilt, und viele Dienstleistungen benötigen ebenfalls Transportkapazitäten. Der Direktor des Gewerbeverbandes geht von jährlichen Mehrkosten von durchschnittlich 2'000 Franken pro Haushalt aus. Geld, welches dem Wirtschaftskreislauf entzogen wird.

Der Ersatz von herkömmlichen Heizungen mit vergleichsweise sündhaft teuren Wärmepumpen wird sich erheblich auf die Höhe der Mieten auswirken. Und glauben Sie ja nicht daran, dass Wärmepumpen denselben Heizkomfort wie herkömmliche Heizungen erreichen (ich habe noch nie so viel gefroren wie nach der Installation einer Wärmepumpe im eigenen Haus). Ausserdem ist die flächendeckende Installation von Wärmepumpen meiner



LACHEN VERBOTEN!

«Das Rückgrat ist bei manchen Politikern unterentwickelt – vielleicht weil es so wenig benutzt wird.»

Margaret Thatcher



Meinung nach gar nicht möglich, ohne dass viele Elektrizitäts-Verteilnetze zusammenbrechen. Darum schalten die Elektrizitätswerke heute schon Wärmepumpen per Fernsteuerung aus, und zwar genau im dümmsten Moment, nämlich über Mittag, wenn im Winter wenigstens ein bisschen Umgebungswärme nutzbar wäre.

Abhängigkeit vom Ausland

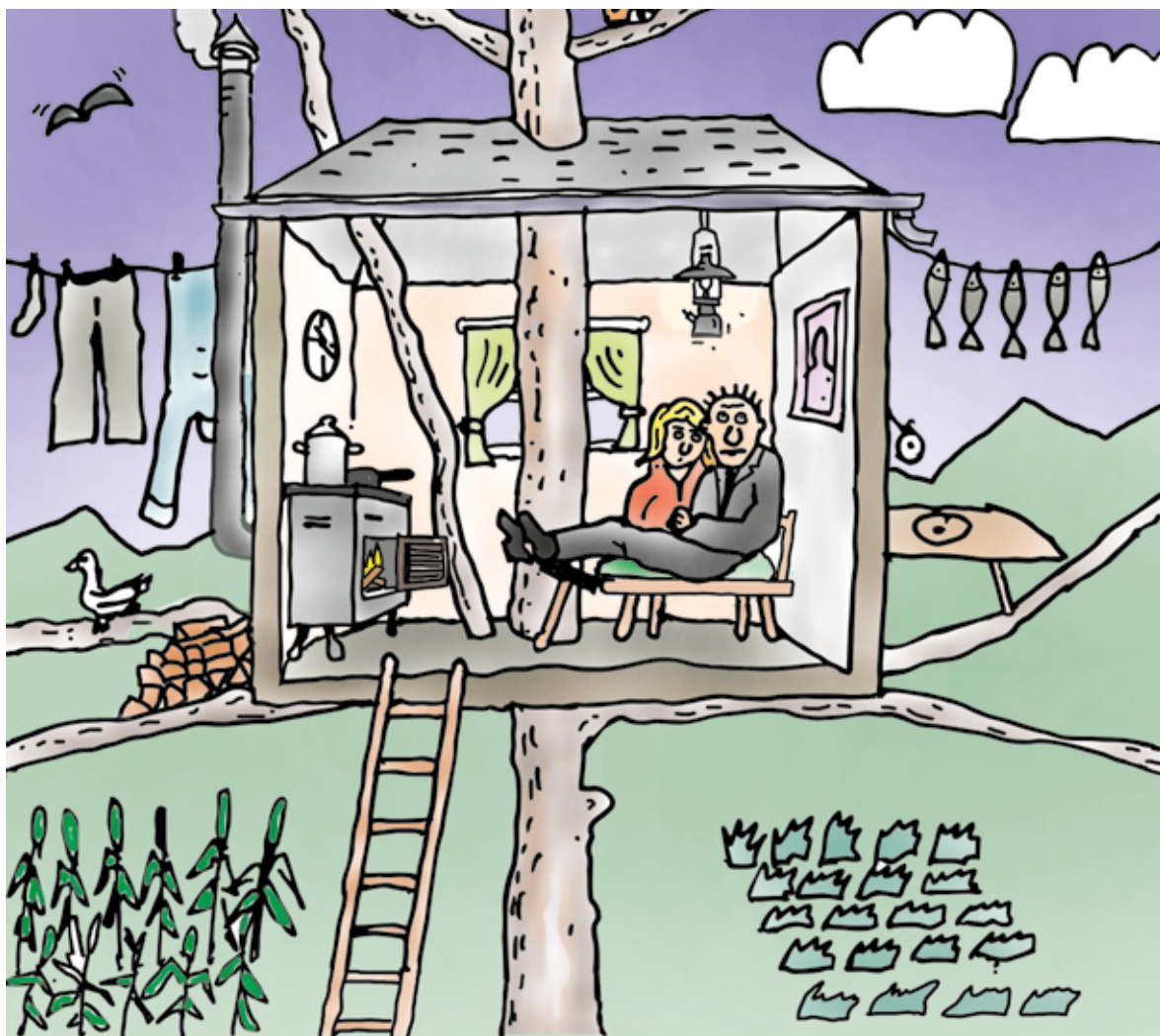
Zu den höheren Steuern, Waren- und Dienstleistungskosten und Mieten kommt noch ein Aspekt hinzu: Eine Annahme des CO₂-Gesetzes wird die Strompreise in der Schweiz massiv in die Höhe treiben. Die Einführung des CO₂-Gesetzes bedeutet de facto einen enormen Anstieg des Strombedarfs in der Schweiz, denn Elektroautos und Wärmepumpen funktionieren nun mal mit Elektrizität.

Wenn wir nun eine Zustimmung zum CO₂-Gesetz mit der Utopie der Energiestrategie 2050 koppeln – Ausstieg aus der Basisversorgung mit Atomkraft, fehlende

Fortsetzung auf Seite 5

CO₂-freie Baumhütten-Zukunft

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Loitzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

geografische Weite für die Aufstellung von (landschaftsverschandelnden) Wind- und Solarparks inkl. langwierige Bewilligungsprozesse in der Schweiz (Einsprachen), sowie im Winter fehlende Sonnen- und Windstunden – dann kann sich wohl jeder das Endresultat zusammenreimen: Wir werden auf teuren Stromimport aus dem Ausland angewiesen sein, Strom aus französischen Atomkraftwerken und vielleicht sogar aus osteuropäischen Kohlekraftwerken zu Spitzenpreisen. Und wo wir künftig die vielen hochgiftigen Batterien von Elektroautos und die ebenfalls schwer umweltbelastenden Rotorblätter von Windkraftmühlen entsorgen, das steht ebenfalls in den Sternen – wohl kaum hier in der kleinen Schweiz.

Pfründenwirtschaft

Gemäss den Initianten des CO₂-Gesetzes soll der Staat immer mehr unser alltägliches Leben regulieren und insbesondere besteuern. Diese ganze Besteuerungswut schafft immer mehr Stellen beim Staat. Zudem sollen die Milliarden, die den Bürgern zukünftig abgenommen werden, teilweise in einem Klimafonds verwaltet und nach klimagerechten Kriterien wieder verteilt werden. Und genau hier kommen sie angetrabt, die vielen Amigos – eine klientenhafte Verteilungspolitik schafft viel Macht und Geld für jene Kreise, welche jetzt schon in den Startlöchern auf den warmen Geldregen der Umverteilungsaktion unter dem Deckmantel der Klimapolitik warten.

Mittlerweile besteht hier ein kapillar gewobenes Netz an Lobbyisten, Beratern, Pseudo-Unternehmern, angeführt von grünen Aktivisten mit Mehrfachmandaten in der hochsubventionierten Cleantech-Industrie. Leute, die sich problemlos einen Tesla für 100'000 Franken und eine Wärmepumpe ab 60'000 Franken im eigenen Haus leisten können. Denn eines ist klar, die Schweizer Klimapolitik wird viele arm und wenige reich machen.

Fazit: Die Schweizer Klimapolitik – die Vorlage des CO₂-Gesetzes ist ein weiterer Ausdruck davon – zeichnet sich durch ein wiederkehrendes Muster im Sinn von Benoît Mandelbrot aus. Die Eigenschaften dieses Musters sind äusserst schädlich, sowohl für das Kollektiv (die Schweiz als Wirtschaftsstandort) als auch für den einzelnen Bürger.

Isabel Villalon



Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Gross Greta



Dass sich unsere linke Landesmutter, massive Tatsachenverdrehungen zu den Folgen des CO₂-Gesetzes verbreitend, jetzt zusammen mit ihrer Kollegin aus der Mitte auch noch als demonstrierende Klima-Aktivistin aufführt, erstaunt uns fast nicht mehr – im Zeitalter, da Bundesvorlagen immer demokratiefremder dem Druck der Strasse unterworfen werden, wobei sich Fahnenträgerinnen dieser Strassenaktivistinnen um so grösserer Medienbeweihräucherung gewiss sein dürfen.

Dass sich auch die freisinnige Justizministerin, Karin Keller-Sutter, als Slogan tragende Demonstrantin bei den Klima-Manifestantinnen anbietet, das wundert schon eher. Als wäre sie Gross Greta. Aber klar: KKS, mit freisinnigem Sitzverlust in der nächsten Bundesratswahl rechnend, hechelt nach linken Stimmen. Nur mit linkem Support kann sie «Parteifreund» Ignazio Cassis ausmanövrieren. Also tut sie weitzblickend alles, um sich linke Stimmen in entscheidender Stunde zu sichern.

Und folgerichtig weibelt die auf dem Papier Freisinnige medienbegleitet als Demonstrantin für Mehrbelastung all jener, die in diesem Land «den Karren ziehen»: Handwerker, Kleinunternehmer, all die ihre Leistungen im Inland Erarbeitenden und Anbietenden. Wer leistet, nutzt Energie. Doch wer Energie nutzt, soll dafür massiv gemolken werden. So diktiert es Linksgrün. Nur sind, Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter, die zusätzlich zu schröpfenden Leistungsträger weitestgehend identisch mit jenen Leistungsträgern, die Bundesbern Corona-begründet während sechs Monaten von Einnahmen abgeschnitten, teils gar völlig stillgelegt hat. Während sie schwere, teils existenzbedrohende Einbussen, verfügt «von oben», zu verkraften haben, soll ihnen jetzt «von oben» erneuter Aderlass zugemutet werden. Wobei eine freisinnige Bundesrätin unter linken Demonstranten diese Forderung mit in die Strassen posaunt.

Jene, die nichts leisten, also Zeit haben, all die Abzockforderungen durch die Strassen zu schreien, die werden kaum getroffen von CO₂-Aufschlägen. Aber sie freuen sich schon heute, vom grünlinken Bundesbern dann gerufen zu werden als Kontroll- und Gängelungsbürokraten, die das CO₂-Gesetz gegen die Leistungsträger durchzusetzen haben.

Bis wohin willst Du, einst staatstragender Freisinn, mit Deiner freiheitsuntergrabenden Fahnenträgerin eigentlich noch verkommen?

Ulrich Schlier

Spalte
rechts



schenk
Gesteuerte Horizontal-Bohrtechnik

Schenk AG Heldswil

Neubuch 5

9216 Heldswil

T +41 71 642 37 42

info@schenkag.com

www.schenkag.com

«Racial Profiling»

Arabische Clans, finnische Chöre

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Wenn am Bahnhof arabische Clans Drogen verkaufen, muss dort auch der finnische Kirchenchor kontrolliert werden. Sonst ist es Rassismus.



Stellen Sie sich vor, Sie sind Polizist und erhalten über Funk die Meldung, dass am nahegelegenen Bahnhof mit Drogen gehandelt werde. Im Wissen, dass der Drogenhandel am Bahnhof von Schwarzafricanern dominiert wird, beschliessen Sie, die dort herumlungernenden, einschlägig bekannten schwarzen Gestalten zu kontrollieren.

Drogenhändler feiern Sieg

Doch als Sie und Ihr Kollege nach dem Ausweis des ersten Schwarzen fragen, erklärt dieser Ihnen, dass er mit der Kontrolle nicht einverstanden sei. Er sei diesen Monat schon fünfmal kontrolliert worden. Schnell gesellen sich einige weitere Schwarze dazu und mischen sich aggressiv in die Diskussion ein. Rassismus sei das, was die Polizei hier mit unbescholtenen Menschen mache, nur weil sie schwarz seien. Zu allem Elend tritt nun auch noch eine örtliche Gemeinderätin der SP hinzu, welche die «Flüchtlinge» unter ihre Fittiche genommen hat. «Racial profiling» sei das, wenn man ausschliesslich Schwarze kontrolliere, die den Bahnhof ebenfalls benützenden älteren Wanderer jedoch nie. Sie werde an die Medien gelangen. Die vorgesehene Kontrolle brechen Sie daher ab, lassen die triumphierenden Schwarzen und die SP-Gemeinderätin ihren Sieg feiern und beschliessen, in Zukunft nur noch die Einhaltung der Verkehrsregeln zu überwachen.

Ausländer doppelt so kriminell

Das Beispiel ist konstruiert, das Problem aber existiert. Bei den Straftaten insgesamt liegt die Belastungszahl der ausländischen Bevölkerung doppelt so hoch wie die der Schweizer Bevölkerung, wobei einzelne Nationalitäten deutlich darüber liegen. Die kriminellsten Gruppen stammen aus der Dominikanischen Republik, gefolgt von meist jungen Männern aus Kamerun, Tunesien, Nigeria, Algerien, Marokko, Angola, Kongo, Brasilien und der Türkei. Auffällig ist, dass es sich bei sieben von zehn Gruppen um afrikanische Bevölkerungsgruppen handelt. Es ist daher absolut zwingend, dass sich die Polizei in der Verbrechensbekämpfung auf Personen aus solchen Bevölkerungsgruppen konzentriert, zumal an Kriminalitäts-Brennpunkten.

Rechtsordnung destabilisieren?

Gerade in Städten hat die Polizei überdurchschnittlich oft mit nicht-schweizerischen Tatverdächtigen zu tun.

Der Vorwurf des «racial profiling» sorgt aber dafür, dass die Polizei bestimmte Gruppen aus Angst vor dem Rassismus-Vorwurf gar nicht mehr kontrolliert. Wer der Polizei racial profiling vorwirft, wenn sie an einem Ort, wo ausschliesslich Schwarze Drogen verkaufen, ausschliesslich Schwarzafricaner kontrolliert oder observiert, der diffamiert unsere Sicherheitsorgane mit unberechtigtem Rassismus-Generalverdacht. Nicht nur das: Er verhindert eine wirksame Verbrechensaufklärung. Damit wird unsere Rechtsordnung destabilisiert, und es wird Gruppierungen, die Probleme bereiten, ein Freipass erteilt, Straftaten zu begehen.

Racial profiling ist wirksam

Und wer zudem fordert, es müssten ein weisser Rentner und eine Mutter mit Kinderwagen genauso oft kontrolliert werden wie die schwarzen Drogenhändler, der ist nicht ernst zu nehmen. Arabische Clans müssen eben anders behandelt werden als ein finnischer Kirchenchor.

Angesichts der ausgewiesenen Kriminalitätsbelastung bestimmter – vor allem schwarzafricanischer – Gruppen, ist das angeblich rassistische «racial profiling» gerade an Brennpunkten eine hochwirksame Methode der Verbrechensbekämpfung. Racial profiling stellt also einen Akt der Vernunft dar.

Hermann Lei

Churz & Bündig

Die «Weltwoche» beklagt, dass die sich als Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft etikettierende Economiesuisse den Kontakt ins Bundeshaus weitgehend verloren habe. Das ist nicht ganz zutreffend. Economiesuisse hat zwar entscheidend an Kontakten zu Parlamentariern und Bundesräten eingebüsst. Via ihre aus der Bundesverwaltung zu Economiesuisse gestossene Direktorin Monika Rühl pflegt sie allerdings sehr enge Kontakte zur Bundesbürokratie. Dass sie sich dabei weit eher zur Übernehmerin bürokratischer Direktiven als zur Bestimmerin allen Geschehens wandelt, muss offenbar als Economiesuisse-«Eigenleistung» gewertet werden.

*

In der Schweiz seien viel mehr «rassistische Übergriffe im privaten Bereich» zu beklagen, lamentiert der SonntagsBlick (18.04.2021). Das bezweifeln wir in keiner Weise. Doch ruft diese Tatsache nach der Frage: Warum ist für den SonntagsBlick in diesem Zusammenhang die anhaltende Masseneinwanderung absolutes Tabuthema?

us

Leserbriefe

Das Gift

*Der Schweizer Bürger Jakob Spät
verschrieb sich eine Nulldiät –
begründet durch das viele Gift,
das man in Lebensmitteln trifft.*

*Das Wasser, Reservoir-gespeichert,
ist mit Nitraten angereichert.
Im Kalbfleisch findet man Hormone,
und auch die Poulets sind nicht ohne.
Er meidet den Salat, gewitzt,
bedenkend, dass man ihn gespritzt.
Und auch die Eier sind betroffen
von Chlor mit Kohlewasserstoffen.
Auch alles, was von Korn und Mehle,
ist ebenfalls nicht ohne Fehle.
Es ist der Mehlwurm sich bewusst:
Das Giftgas ist des Müllers Lust.*

*Nun ist der arme Jakob Spät
verstorben an der Nulldiät.
Auf seinem Grabstein steht die Schrift:
«Er starb an seiner Angst vor Gift.»*

*Wir andern leben froh und heiter
trotz allen diesen Giften weiter.
Wir essen fröhlich unsern Kohl,
vergiften uns mit Alkohol.
Und wissen, was das Gift betrifft:
Allein die Dosis macht das Gift!*

Heini Maurer, Egg ZH

Unseriöse Agrar-Initiativen

Die sogenannte Trinkwasser- und die «Pestizidfrei»-Initiative würden bei Annahme zu schwerwiegenden Verwerfungen in unserer gesamten Ernährungswirtschaft führen. Hier geht es nicht «nur» um die landwirtschaftliche Produktion, sondern um die gesamte Wertschöpfungskette vor- und nachgelagerter Bereiche der Nahrungsmittelindustrie. Zur Klarstellung: Die Schweizer Bauern bekommen für ihre Rohstoffe gesamthaft noch

zehn Milliarden Franken. Aber am Ende dieser Verarbeitungskette ergibt sich ein volkswirtschaftlicher Ertrag von 105 Milliarden Franken; das ist ein wesentlicher Teil unseres Bruttosozial-Produkts, und das setzen die Initiativen aufs Spiel. Das kann mit Bio-Produktion allein nie ausgeglichen werden. Zudem könnte es für die hiesigen Bio-Produzenten eine böse Überraschung geben, weil Import-Bioproducte in der EU nicht unseren strengen Auflagen unterstellt und viel billiger sind.

Und warum wohl hat China die Syngenta gekauft und sie mit Chem China und der ebenfalls chinesischen Synochem zusammengeschlossen, sodass China heute weltweit zur Nr. 1 im Bereich der synthetischen Pflanzenschutzmittel (PSM) aufgestiegen ist? China hat längst begriffen: Wer das Öl, das Wasser und die Nahrungsmittel in den Händen hat, beherrscht die Welt. Wenn wir im Bereich PSM mit solchen Initiativen weitermachen, sagen uns sehr bald die Chinesen, was wir essen. Die beiden Agrar-Initiativen verlangen, dass, wer synthetische PSM einsetzt, keine Direktzahlungen bekommt. Solche Initiativen haben mit seriöser Politik nichts mehr zu tun.

Sepp Oetiker, alt Landwirt, Zunzgen BL

Ablass-Steuern

Der Weg hin zur angestrebten Klimaneutralität ist nur möglich über Forschung, Innovation und nachhaltige Anreizsysteme. Nicht über Verbote, Vorschriften und neue Steuern. Denn das CO₂-Gesetz stoppt weder den Energieverbrauch noch den Ressourcenverschleiss. Es öffnet vielmehr den Weg, allen Leistungsträgern als sogenannte «Kompensation» für ihren Energieverbrauch massiv neue Abgaben aufzuhalsen. Das sind Ablass-Steuern! Es profitieren vor allem Klimaaktivisten, welchen über einen Klimafonds Millionen in ihre Kassen gespült werden. Solche Umverteilungspolitik bringt dem Klima nichts. Daher Nein zum CO₂-Gesetz am 13. Juni 2021.

Bruno Dudli, Sonnental SG

Nein zum CO₂-Gesetz

Der Schwerpunkt des aktuellen und in den Medien geschürten Oekologismus ist es, den Leuten Angst vor zukünftigen Katastrophen zu machen – und die Öffentlichkeit damit quasi in Geiselnhaft zu nehmen. Viele, welche diese Panik aktiv fördern, leben selbst ein luxuriöses Leben, verbrauchen sehr viel Energie und hinterlassen einen grossen CO₂-Fussabdruck. Wissenschaftler stellen «Konsens» her, und Medien und Politiker bezeichnen diesen «Konsens» dann als «wissenschaftlich erwiesen». So werden weltweit Halbwahrheiten und Lügen verbreitet. Das «Umweltbewusstsein» (bzw. der Ökologismus) bietet der Diktatur die magische Waffe, um die Völker ihrer Rechte immer mehr zu berauben. Millionen werden dem Volk durch neue Steuern weggenommen und nach «oben» umverteilt. Jeder Bürger muss im eigenen Interesse einen gesunden Natur- und Umweltschutz betreiben. Wir benötigen weder mehr Gesetze noch mehr Steuern – und keinesfalls dieses CO₂-Gesetz!

Marlies Borth, Wattwil SG

Nationalparkregion Engadin (GR)

Zu verkaufen - Gepflegte Parterreferienwohnung (Häuschen, Baujahr 2007), als Zweitwohnung, mit 755m² Umschwung.

2 Doppelschlafzimmer/Küche/
Wohnbereich/Dusche, WC.
Parkplatz und Sitzplatz vor
dem Häuschen.

Preis auf Anfrage: 079 794 38 62





Ethik versus Asylanten-Renitenz



Dummheit ist ein menschliches Privileg, in der Natur gibt es sie nicht. Als auf Geheiss der Regierung englische Gefängnisse so umgebaut wurden, dass die Zellen geographisch nach Mekka wiesen, um den moslemischen Gefangenen (Ausländeranteil insgesamt in Schweizer Gefängnissen: 72,4 Prozent) die Orientierung zu erleichtern, dachte man, dies sei nicht zu toppen. Irrtum!

«Sind wir Schweizer das dümmste Volk?» fragte die renommierte «Südostschweiz» provokativ und verwies auf unsere offenbare Befähigung, Lohndumping, Identitätsverlust, Arbeitsplatzverdrängung und masslose Einwanderung klaglos zu ertragen. Vorausgesetzt, die «Heilige Kuh Migration» grase genüsslich auf Schweizer Auen.

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) sieht sich nämlich mit einem neuem Problem behaftet. Zur Ausschaffung vorgesehene Asylanten weigern sich erfolgreich, einen Corona-Test durchzuführen, um die Ausschaffung zu verhindern. Da ihre Herkunftsländer die Rückkehr strikte verweigern – wissen die mehr als wir? – beharren sie nun darauf, der Rückkehrer müsse einen negativen Corona-Test vorlegen. Logische Konsequenz aus Asylantensicht: Zuwiderhandlung gegen

die SEM-Anordnung bringt automatisch das Schweizer Aufenthaltsrecht für Illegale! Verschafft nun das SEM geltendem Gesetz Nachachtung? Mitnichten. Das SEM macht sich zusätzlich lächerlich, indem es eine Expertenkommission einsetzt, die abklärt, ob man gegen die Ethik verstosse. Prompt wurde das erwünschte Ergebnis geliefert. SEM-Sprecher Reto Kormann: «Ausschaffung unmöglich, sie verstiesse gegen Ethiknormen.»

Falsch! Das Schweizer Zwangsangwendungsgesetz erlaubt explizit polizeiliche Massnahmen gegenüber Renitenz. Logisch! Schafft die Polizei den betrunkenen Automobilisten mit Appellen an seine ethische Moral oder mit Handschellen von der Autobahn? Fraglich zudem, wie Asylantenherkunftsländer gegenüber einem renitenten Ausländer reagierten. Er würde wohl ganz ohne Anrufung von Ethikkommissionen so rasant über die Grenze geschoben, dass ihm das Rektum raucht. Das SEM wagt es also nicht, sich gegen «Gäste» zu behaupten, die sich keinen Deut scheren um unsere Rechtsgrundlagen, um die Landesgesetze und schon gar nicht um Ethikfragen.

War die obige rhetorische Frage der «Südostschweiz» also berechtigt? Nun ja, man kann es wohl nicht ganz ausschliessen.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Folgen rot-grüner Zwängerei

Die jahrelange rot-grüne Zwängerei um den bald zwangsweisen Ersatz der am meisten verbreiteten Ölheizungen plus anderer fossiler Heizstoffe wie Gas und Holz hat zur direkten Folge, dass die Eigentumswerte tangiert werden. Wer nach der Oelkrise 1974 aus edler Absicht ein modernes Haus mit Zweischalenmauerwerk, Bodenheizung, Doppelverglasung und anderer Isoliertechnik gekauft hat, sieht heute alt aus. Man verlangt von ihm ein Update auf modernsten Standard. Bei einem Einfamilienhaus kostet das rasch 100'000 Franken und mehr. Pensionierte machen da nicht mehr mit. Aber der Wert ihrer Liegenschaft ist erheblich gesunken. Ein Vorschlag zur Lösung bestünde darin, bei allen älteren Liegenschaften, welche grössere (bisher nicht unterstützte) Investitionen benötigen, den Schätzwert der Liegenschaft um bis zu 20 Prozent ab nächstem Steuerjahr zu senken. Mit dieser Massnahme könnte auch der vermaledeite Eigenmietwert gesenkt werden – und es würden Mittel frei für die Verbesserung der CO₂-Situation der Liegenschaft. So oder so muss das unsinnige CO₂-Gesetz abgelehnt werden.

Hans Georg Lips, Kreuzlingen TG

Feldprediger und Armeeseelsorge

Seit der Einführung der Eidgenössischen Militärorganisation 1874 bekleidet der Feldprediger, heute Armeeseelsorger, den Grad eines Hauptmanns. Gemäss Dienstreglement von 2004 hat jeder Angehörige der Armee ein

Recht auf seelsorgerische Betreuung. Es sind bestandene katholische und protestantische Pfarrer, die eine Rekrutenschule absolviert haben. Nun will der oberste Feldprediger auch muslimische und jüdische Seelsorger in den Armeedienst stellen. Die Aufnahme jüdischer Armeeseelsorger ist schon lange fällig, denn die Schweiz steht bekanntlich auf den Fundamenten christlich-jüdischer Kultur. Imame wären hingegen ein Affront gegen unser christliches Staatsverständnis. Man stelle sich einen christlichen Armeeseelsorger in der iranischen, irakischen, saudischen oder türkischen Armee vor! In islamischen Staaten werden immer noch Christen umgebracht und Terroranschläge gegen christliche Institutionen verübt. Tendenzen zur Einsetzung von Imamen müssen konsequent gestoppt werden. Jeder Muslim, der in unserer Armee Dienst leistet, kann schon heute von einem erfahrenen Seelsorger betreut werden.

Roger E. Schärer, Trin Mulin GR

Identitätslose Migrant: Warum lassen wir uns das bieten?

Seit Jahren reichen in der Schweiz jeden Monat weit über 1'000 Migrant ein Asylgesuch ein. Bei über siebzig Prozent dieser Personen ist die Identität nicht bekannt. Besagte haben keine Ausweispapiere, verfügen aber über ein Mobiltelefon. EU-Staaten überprüfen Mobil-Telefone routinemässig. Wann endlich werden in auch in der Schweiz die Schrauben angezogen?

Alex Schneider, Küttigen AG

Keine neue Apartheid!

Nein zum Covid-Gesetz, Ja zur Freiheit

von Philipp Gut, Publizist

In der Volksabstimmung vom 13. Juni 2021 steht unser wichtigstes Gut auf dem Spiel: Unsere Freiheit. Die Unternehmen, die durch die Massnahmen des Bundesrats geschädigt worden sind, können auch bei einem Nein zu diesem gefährlichen Gesetz auf Entschädigung zählen.

Am 13. Juni stimmen wir über das Covid-19-Gesetz ab, dank des Referendums durch die «Freunde der Verfassung». Diese basisdemokratische Organisation, die sich im Widerstand gegen die obrigkeitlichen Zwangsmassnahmen formiert hat, ist drauf und dran, die politische Landkarte der Schweiz ein Stück weit zu verschieben. Selten jedenfalls ist in so kurzer Zeit eine so schlagkräftige Volksbewegung entstanden, ganz losgelöst von den etablierten Parteien und vom tradierten Links-Rechts-Schema.

Die Verfassungsfreunde haben ihren Namen mit Bedacht gewählt. Sie sehen ihre vornehmliche Aufgabe darin, die durch die Schweizerische Bundesverfassung garantierten Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen.

Noch mehr Macht für den Bundesrat

Im Fokus dieses Engagements steht derzeit die durch das Referendum der Verfassungsfreunde überhaupt erst

«Es sagte» ... Wettbewerb (Lösung)

In der «Schweizerzeit» vom 30. April 2021 haben wir gefragt: Von wem stammt die folgende Aussage?

<<NICHTS AUF DER WELT IST SO GERECHT VERTEILT WIE DER VERSTAND, DENN JEDERMANN IST ÜBERZEUGT, DASS ER GENUG DAVON HAT.>>

Diese Aussage stammt von:

- A Johann Wolfgang von Goethe, deutscher Dichter
- B François-Marie Arouet Voltaire, französischer Denker
- C Immanuel Kant, deutscher Philosoph
- D René Descartes, französischer Philosoph

Die richtige Lösung lautet:

- D René Descartes, französischer Philosoph

Der ausgeloste Gewinner/die Gewinnerin wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde (Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer) eingeladen.

ermöglichte Volksabstimmung über das Covid-Gesetz. Der Eindruck drängt sich auf, dass es sich dabei um ein unausgegrenztes Sammelsurium handelt, das im letzten Herbst in Panikstimmung eiligst zusammengeschnürt worden ist. Tatsächlich stehen mit der Bundesverfassung und dem Epidemien-Gesetz bereits zwei Instrumente bereit, die den Bundesrat zu weitreichenden Massnahmen ermächtigen. Mit dem Covid-Gesetz erhält der Bundesrat jetzt noch mehr Macht:

«Dieses Gesetz regelt besondere Befugnisse des Bundesrates zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie und zur Bewältigung der Auswirkungen der Bekämpfungsmassnahmen auf Gesellschaft, Wirtschaft und Behörden», heisst es in Art. 1 («Gegenstand und Grundsätze»).

Fiese Verknüpfung

Das Fiese am Covid-Gesetz ist die Verknüpfung von Hilfsversprechen an die gebeutelte Wirtschaft mit der Ausweitung der Machtbefugnisse für die Regierung – und somit mit gefährlichem Unrecht. Das Willkürregime, das sich von Anfang an durch das Massnahmen-Chaos des Bundesrates zieht – einmal darf man ins Puff, aber nicht ins Fitnesszentrum; ein andermal darf man im ÖV eng beieinandersitzend essen, aber nicht mit Schutzkonzepten und Abstand in Restaurants –, wird dadurch perpetuiert. Das Covid-Gesetz ist nämlich ganze zehn Jahre gültig!

Horrorszenario des Bundesrats verfängt nicht

Natürlich vermeidet es der Bundesrat tunlichst, darüber zu informieren, dass das Covid-Gesetz unsere Grundrechte einschränkt und unsere Freiheit zerstört. Lieber streicht er heraus, das Gesetz bilde die Basis für das milliardenschwere

**Tischuntergestelle in
Schweizer Qualität**



Maurer AG, Emmentalstrasse 58, 3432 Lützelflüh
Telefon 034 461 39 70
www.maurer-metalltechnik.ch info@maurer-metalltechnik.ch

wirtschaftliche Entschädigungsprogramm des Staates. Dabei zeichnet er ein Horrorszenario für den Fall eines Neins in der Volkabstimmung. Die Unternehmen stünden dann ohne Hilfe da. Eine verschärfte Wirtschaftskrise mit steigenden Sozialhilfefällen sei die Folge.

Diese Drohkulisse ist Unsinn. Denn – erstens – die beste Hilfe für die geschädigten Unternehmen, allen voran für die besonders betroffenen KMU, ist die sofortige Beendigung der schädlichen Massnahmen und Verbote! Zweitens gibt es viel bessere Alternativen: Die Entschädigungen für die vom Staat ausgebremste Wirtschaft können leicht in einem separaten Gesetz geregelt werden.

Finanzhilfen in separatem Gesetz regeln

Dazu liegt bereits ein pfannenfertiger Vorstoss von Nationalrat Pirmin Schwander vor, den zwanzig Parlamentarier unterzeichnet haben. In der Sommersession kann er verabschiedet werden. Damit ist gewährleistet, dass die Unternehmen, die Hilfe brauchen, diese auch bekommen – ohne die schädlichen Wirkungen und Nebenwirkungen des Covid-Gesetzes.

Und dies ist nicht die einzige Möglichkeit. Wird die Vorlage am 13. Juni vom Souverän versenkt, dann kann sogar der Bundesrat selbst, gestützt auf Art. 185 Absatz 3 der Bundesverfassung, entsprechende Unterstützungsleistungen verordnen.

Dies alles beweist: Das Argument, dass mit einem Nein zum Covid-Gesetz die Hilfgelder versiegen würden, sticht nicht. Es ist schlicht falsch und somit reine Angstpropaganda.

Zwei Klassen-Gesellschaft

In Tat und Wahrheit führt das Covid-Gesetz zu einem massiven Verlust an Freiheitsrechten. Personen, die sich nicht impfen lassen können oder wollen, werden Grundrechte entzogen. Sie werden beispielsweise in Zwangsquarantäne geschickt, während für Geimpfte andere Regeln gelten. Ähnliches gilt für das Reisen oder den Zutritt zu Veranstaltungen.

Das Covid-Gesetz bildet die Grundlage für eine Zwei Klassen-Gesellschaft – eine neue Form der Apartheid unter dem Vorzeichen der Gesundheitspolitik. In unserem Rechtsstaat haben solche Willkürmassnahmen nichts zu suchen.

Mit dem Covid-Gesetz erhält der Staat überdies umfassende Überwachungskompetenz: Das digitale Tracing ermöglicht es ihm, die Bürgerinnen und Bürger permanent zu orten. Big Brother is watching you!

Aus all diesen Gründen ist das gefährliche Covid-Gesetz am 13. Juni an der Urne abzulehnen.

Philipp Gut

Dr. Philipp Gut ist Inhaber der Kommunikationsagentur Gut Communications GmbH und Verleger der «Umwelt Zeitung».




GEWÖHNLICH WAR GESTERN!

TOYOTA C-HR HYBRID





NEU MIT 2-L-HYBRID ANTRIEB UND 184 PS.
Jetzt Probe fahren!


emilfrey.ch

C-HR Hybrid GR Sport, 2,0 HSD, 135 kW, Ø Verbr. 5,7 l/100 km, CO₂ 128 g/km, En.-Eff. A. Zielwert Ø CO₂-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle 118 g/km. Gemäss Prüfzyklus WLTP.

Volksabstimmung vom 13. Juni 2021

Frontalangriff auf unsere einheimische Landwirtschaft

Auch über zwei gegen die einheimische Landwirtschaft gerichtete links-grüne Volksinitiativen ist im Juni abzustimmen.



Die «Schweizerzeit» hat dazu das Gespräch gesucht mit Nationalrat Marcel Dettling (SVP), Landwirt in Oberiberg/SZ.

Trinkwasser-Initiative

Schweizerzeit: Herr Nationalrat Marcel Dettling, was verlangt die Trinkwasser-Initiative?

Marcel Dettling: Die Trinkwasser-Initiative will Direktzahlungen an die Landwirtschaft davon abhängig machen, dass auf einem Bauernhof nur pestizidfreie Schädlingsbekämpfung stattfindet und dass das gesamte Futter für gehaltene Tiere auf dem eigenen Bauernhof produziert wird.

Was resultiert aus dieser Forderung?

Der Tierbestand müsste gegenüber heute schweizweit deutlich, etwa um einen Drittel, reduziert werden. Ich mit meinem Hof im Berggebiet werde auch von der verlangten Futtervorschrift massiv getroffen: Wir halten nebst Kühen auch Schafe und Hühner. Futter für die Hühner gedeiht in unserer Höhe nicht mehr. Uns ist nur Graswirtschaft möglich. Die Hühnerhaltung müsste aufgegeben werden. Schweizweit wäre die Hühnerhaltung in Frage gestellt.

Beginnt die Weidesaison später, weil länger Schnee liegt, kann man nicht mehr einfach so untereinander Heu für die Kühe austauschen. Die Folge wäre, dass Tiere geschlachtet werden müssten, da gemäss Initiative kein Futter – und da gehört auch Heu dazu – mehr zugekauft werden darf. Eine absurde Forderung!

Die Konsumenten würden dadurch weit stärker als heute von Importprodukten (Eiern, Getreide, Fleisch) abhängig – was Gesundheit und Umwelt weit stärker belasten würde. Auf Produktionsmethoden zum Beispiel in Rumänien haben wir wenig Einfluss. Die Konsumenten hätten den Schaden.

Pestizidfrei-Initiative

Und was verlangt die Pestizidfrei-Initiative?

Diese Initiative verbietet synthetische Pestizide generell. Nicht nur bezüglich Landwirtschaftsprodukten aus der Schweiz. Auch für sämtliche Import-Erzeugnisse müsste pestizidfreie Produktion nachgewiesen werden.

Was wären die Folgen?

Der Anbau lebensnotwendiger Ernährungsgüter würde in der Schweiz um dreissig bis vierzig Prozent abgebaut werden. Ausserdem – das trifft wiederum die Konsumenten – wären all die Bemühungen, die in den letzten Jahren den Pestizideinsatz in der Schweiz merkant verringert haben, «für die Katze». In der Schweiz wird der Pestizideinsatz heute akribisch kontrolliert. Für importierte Nahrungsmittel könnte niemals ebenbürtige Produktionskontrolle garantiert werden.

Warum denn nicht?

Pestizideinsatz ist nicht einfach «des Teufels». Gezielter, genau dosierter Pestizideinsatz ist in der Schädlingsbekämpfung in bestimmten Fällen unverzichtbar. Entscheidend dabei ist die Dosierung. Nicht alles, was verordnet wird, ist Gift. Die Dosierung ist entscheidend, wie bei Medikamenten auch. Ein Mittel, das, in richtiger Dosierung eingenommen, die Gesundheit schützt oder wiederherstellt, kann – überdosiert eingenommen – tödliches Gift sein.

Wie wird überwacht?

Wie bemisst man denn Fortschritte in der Schädlingsbekämpfung?

Die Fortschritte beruhen auf heute gezielt bemessener Dosierung. Damit ist es in der Schweiz gelungen, den Pestizid-Anteil in Pflanzenschutzmitteln innert der letzten zehn Jahre um vierzig Prozent, bezüglich Glyphosat gar um sechzig Prozent zu reduzieren – ohne Ertragseinbussen. Spritzgeräte werden heute in der



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Schweiz regelmässig und sorgfältig kontrolliert – so dass Überdosierung aufgrund mangelhaft gewarteter Spritzgeräte verunmöglicht wird.

Auch bezüglich Antibiotika-Einsatz ist in der Schweiz Vieles erreicht worden. Heute entscheidet der Tierarzt, ob und in welcher Dosierung einem erkrankten Tier ein Antibiotikum abgegeben werden darf. Der Antibiotika-Einsatz wurde innert zehn Jahren halbiert. Es besteht für die Tierhaltung heute ähnliche Rezeptpflicht, wie sie bereits der menschlichen Gesundheit dient. Dies aber nur in der Schweiz.

Können Sie bezüglich dieser Fortschritte Resultate vorlegen?

Kontrollen und Messungen des Bundes im Wasser haben ergeben, dass in 98 Prozent der Messungen das Wasser einwandfrei ist. In zwei Prozent kam es zu Beanstandungen. Die Landwirte müssen sich weiter verbessern und wollen dies auch. Die eingeleiteten Anstrengungen werden fortgesetzt.

Gelangen in der Schweizer Landwirtschaft bessere Anbaumethoden zur Anwendung als in anderen Ländern?

Der «Kassensturz» hat im vergangenen Jahr Urin von Menschen untersucht. Von den 28 darin nachgewiesenen Wirkstoffen sind 21 in der Schweiz nicht erlaubt. Das heisst im Klartext: Sie wurden über die Einfuhr von Nahrungsmitteln importiert und gelangten so ins Gewässer.

Das Wasser des Rheins wurde durch den Bund getestet auf im Wasser enthaltene Restmengen von Giftstoffen. Das Resultat: Der Rhein führt jährlich 65'000kg Giftstoffe aus Haushalt und Industrie ab. 20'000kg stammen aus Arzneien (Ausscheidungen nach der Medikamenten-Einnahme). Aber nur gerade 900kg Pestizidrückstände finden sich jährlich im Rheinwasser. Der Umgang mit Pestiziden erfolgt also weit vorsichtiger und zurückhaltender als der Umgang mit anderen Stoffen.

Was ist zu tun?

Was für Konsequenzen drängen sich nach solchen Feststellungen auf?

Das ist die wichtigste aller Fragen im Zusammenhang mit der Schädlingsbekämpfung. Und diese Frage ist durch uns Bauern im Nationalrat platziert worden: Wie kann der Anfall problematischer Abfallstoffe insgesamt deutlich verkleinert werden? Wir haben – auch im Blick auf die beiden untauglichen Initiativen – im Nationalrat durchgesetzt, dass in den nächsten Jahren der gesamthafte Anfall an problematischen Reststoffen zunächst einmal um fünfzig Prozent reduziert werden muss bis 2027. Und danach wird man weitersehen müssen.

Mit den beiden Anti-Landwirtschafts-Initiativen erreichen wir keine Verbesserungen. Im Gegenteil: Weil als Folge der Initiativen viel mehr Lebensmittel importiert werden müssen, werden neue, bedrohliche Ursachen für zusätzliche Abgase geschaffen. Die Umweltbilanz dieser Initiativen kippt ins Negative.

Offensichtliche Widersprüche

Dazu meine letzte Frage. Wenn in der Schweiz die landwirtschaftliche Produktion um einen Drittel zurückgefahren werden muss: Wie soll dann die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt werden?

Ihre Frage illustriert, wie rettungslos sich die grün-roten Aktivisten gegen einheimische Landwirtschaftsproduktion im Gestrüpp unauflösbarer Widersprüche verfangen haben: Verringerung der Produktion bei gleichzeitig stark wachsender Bevölkerung, das erhöht den Importbedarf markant. Transport von Importerzeugnissen über lange Distanzen in die Schweiz belastet die Umwelt so schwerwiegend wie unsinnig.

Produktion dort, wo auch die Konsumenten wohnen: Das ist die umweltgerechte Lösung! Zumal einheimische Produktion hier in der Schweiz, die Gesundheit der Konsumenten im Blickfeld, auch kontrolliert und begleitet werden kann. Ausländische Produktion kann von hier aus nur beschränkt kontrolliert werden. Man muss abgegebenen Zusicherungen glauben, genau überprüfen kann man sie bloss mangelhaft.

Der rotgrüne Frontalangriff auf die Schweizer Landwirtschaft wird auch den Einkaufstourismus über die Grenze – Samstag für Samstag mittels tausender Fahrzeuge – unverantwortlich ankurbeln. Mit Umwelt- und Gesundheitsschutz hat das wahrhaftig nichts zu tun!

Aussichten

Durch die Verminderung der Landwirtschaftsbetriebe hat sich der Rinderbestand in der Schweiz von 1,8 Millionen 1990 auf heute noch 1,5 Millionen Rinder vermindert. Im gleichen Zeitraum ist die Bevölkerung von 6,7 Millionen auf 8,5 Millionen angewachsen. Wer Masseneinwanderung blind begünstigt, einheimische Produktion aber abwürgt, der entlarvt sich als Ideologe ohne jeglichen Bezug zur Wirklichkeit.

Die Schweiz besitzt heute die weltweit strengste Tierschutzgesetzgebung. Schweine- und Hühnerzucht aus den Schweizer Voralpen zu vertreiben – das ist nichts anderes als eine Förderungsmassnahme z. B. zugunsten ausländischer Eier-Massenproduktion in Hühnerbatterien.

Mit den beiden Anti-Landwirtschafts-Initiativen werden Errungenschaften, die in unserem Land erzielt worden sind, leichtfertig zunichte gemacht. Eine klare Ablehnung dieser Initiativen drängt sich auf.

S.

Das Interview mit Nationalrat Marcel Dettling führte Ulrich Schliuer.

Präsenz zeigen!

Fahnen-Banner gegen den UNO-Pakt und gegen das EU-Rahmenabkommen.

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) setzt sich seit 1986 für eine unabhängige, souveräne, direktdemokratische und neutrale Schweiz ein.

Deshalb sagt die AUNS Nein zum Rahmenabkommen mit der EU und Nein zum UNO-Migrationspakt.

Fahnen jetzt sofort bestellen, ans Fenster, an die Hauswand, den Gartenzaun oder an die Fahnenstange hängen!

Unsere Fahnen sind aus wetterfestem Fahnenstoff, 100 x 60 cm gross und haben für das einfache Anbringen mehrere Ösen. Kosten 25.- pro Fahne, Verpackung/ Versand inbegriffen.

Bestellen auf www.auns.ch
oder telefonisch: 031 356 27 27
oder via E-Mail: aktion@auns.ch
(Lieferung gegen Vorkasse).



AUNS
ASIN
ASNI 
www.auns.ch



STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Alltag

In Dresden hat der Prozess gegen einen Syrer begonnen, der zwei schwule Männer als «Feinde Gottes» mit einem Messer angegriffen haben soll. Einer starb, der andere wurde schwer verletzt. Gemessen am Schwei-gen der Medien könnte man meinen, es handle sich um eine alltägliche Lappalie. Doch alltäglich ist an dem Fall nur, wie erschreckend typisch er ist. Abdul-lah al-H. kam 2015 als 15jähriger Analphabet nach Deutschland. Er wolle studieren, sagte er damals. Aus dem Studium wurde nichts, stattdessen wurde er als IS-Anhänger verurteilt und in ein Programm zur De-Radikalisierung gesteckt. Dort attackierte er zwei Bedienstete. Nach der Entlassung wurde er überwacht, aber sobald die Wächter Feierabend machten, zog er mit einem Satz Küchenmesser durch Dresden. Die Poli-zei verschwieg das Tatmotiv «Schwulenfeindlichkeit», weil die «sexuelle Orientierung von Opfern» nicht rele-vant sei. Weder der Bundespräsident noch die Bundes-kanzlerin – nicht einmal der sächsische Ministerpräsi-dent – haben sich geäussert oder gar kondoliert. Wieso sollten sie auch, bei so einem alltäglichen Fall.

(Wolfgang Koydl, Weltwoche daily, 13.04.2021)

Krieg

Monatelang ging mir ein hartes Wort durch den Kopf, um den aktuellen Zustand der westlichen Welt zu benennen. Es war mir eine traurige Genugtuung, als es von berufener Seite endlich benutzt und mein dunkler Verdacht bestätigt wurde. Am 31. März 2021 prognos-tizierte der französische Wirtschaftswissenschaftler

Jacques Attali (*1943), bekannt als langjähriger Berater des einstigen Präsidenten François Mitterrand (1916–1996), auf seinem Blog unter der Überschrift «The Pandemic, and After?» einen Dauerreigen von Pandemien und Impfkampagnen für die kommenden Jahrzehnte. Darum ging es Attali aber nur mittel-bar. Anschliessend repetierte er die bekannten Paro-len des «Great Reset»: Der improvisierte Kampf gegen Corona müsse uns eine Lehre und Warnung sein für andere, grössere Bedrohungen wie «Wasserknapp-heit, globale Erwärmung, Bodentrockenheit, Insek-teninvasionen, das Aussterben zahlloser Arten und all die politischen Unruhen, die sich daraus ergeben werden.» Und dann kommt es. Die nötige Vorberei-tung auf diese Szenarien erfordere den Mut, jetzt «eine Kriegswirtschaft [«wartime economy»] einzuführen, um alle wirtschaftlichen Aktivitäten massiv zu redu-zieren, welche die Wahrscheinlichkeit dieser Katast-rophen erhöhen (fossile Brennstoffe [...], Kunststoffe, Chemikalien, Textilindustrie)».

Das Wort ist gesetzt, wir sind im Krieg. In einem Krieg, der den Krieg vermeiden soll, in einem Krieg gegen den Krieg. Aber war das nicht immer so?

(Andreas Lombard, Cato 3/2021)

Ablasshandel

Auch die Landbevölkerung würde durch das CO₂-Gesetz diskriminiert. Denn die Zeche muss der Mittelstand bezahlen, konkret betroffen sind vor allem Arbeiter, Familien und Handwerker in den Landregionen, die auf ein Auto, Transportfahrzeuge und Landmaschinen angewiesen sind. Bundesrätin Simonetta Sommaruga will der Bevölkerung weismachen, dass das CO₂-Gesetz im Jahr nur 100 Franken zusätzlich kosten würde. Das ist reine Augenwischerei! Tatsächlich bedeuten die neuen Zwangsabgaben für eine 4-köpfige Familie jährliche Mehrkosten von bis zu 1'000 Franken.

(SVP, 26. April 2021)

Banker

Gewisse Bank-Manager bedienen sich zum Teil schamlos am Besitz der Aktionäre für ihre über-rissenen Gehälter und Boni. Ich nenne sie darum Manager-Sozialisten! Sie bedienen sich an einer Kasse, die nicht ihnen gehört! Wie das eben Sozia-listen so machen. Jetzt sagen sie den kleinen Konsu-menten, den Bankkunden und Mitbürgern, sie sollen sich nicht querstellen, nur weil sich wegen dem CO₂-Gesetz Benzin, Heizöl, das Fliegen, die Miete und das Eigenheim verteuern. Ist doch nicht schlimm, wenn wegen einem CO₂-Gesetz die Produkte teurer wer-den, weil die Produzenten die steigenden Kosten der Herstellung und des Transports natürlich an die Kon-sumenten abwälzen. Es ist geschmacklos, wenn die Grossverdiener in der Bankier-Vereinigung den mitt-leren und kleineren Einkommen mit einem staatlich umverteilenden CO₂-Gesetz immer noch mehr Geld aus der Tasche nehmen.

(Thomas Matter, Nationalrat, «In den Sümpfen von Bern», 21. April 2021)

Tansania; Bevölkerungsentwicklung

1950: 7,6 Millionen
2020: 58 Millionen
2050: 130 Millionen
2100: 286 Millionen

Weiterführende Literatur: Dudo Erny
dudoerny@bluewin.ch
«Das Verschwinden der Europäer»
«Warum die Schweizer aussterben werden»

Nicht erst eingreifen, wenn es zu spät ist

Terrorismusbekämpfung – ein Muss

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Am 13. Juni 2021 stimmen wir über das Bundesgesetz «Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)» ab. In Europa besteht seit langer Zeit eine markante Terrorgefahr, welche auch von den schweizerischen Sicherheitsbehörden als latent erhöht eingestuft wird.



In den meisten Belangen der Gefahrenabwehr sprechen sämtliche politischen Lager immer vom Zauberwort «Prävention». Prävention Ja bei der Bekämpfung von Kinderpornografie oder von Taschen- und Einbruchdiebstählen. Aber jetzt, bei der Terrorbekämpfung, gilt dies für gewisse Kreise nicht mehr; plötzlich soll dieser Grundsatz bei der Abwehr von terroristischen Anschlägen kein Erfolgsmodell mehr sein.

Dass eine solche Terror-Prävention anders angelegt werden muss als bei der Verkehrsunfallprävention, dürfte wohl allen einleuchten. Die Stossrichtung erfolgt bei jeglicher Art von Prävention immer und zwingend mit Blick auf das zu erreichende Ziel. Und hier ist das Terrorgesetz ein gangbarer Weg. Jene, welche dieses Gesetz per Referendum an der Urne bekämpfen, negieren die Bedrohung.

Neue Möglichkeiten

Die neuen Möglichkeiten sind die Gesprächsteilnahmepflicht, Meldepflicht, Kontaktverbot, Ausreiseverbot, Eingrenzung in eine Liegenschaft sowie Ausschaffungshaft für Gefährder mit ausländischer Nationalität. Zudem müssen alle Massnahmen verhältnismässig sein, wobei gegen jede Anordnung beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde eingereicht werden kann. Die schärfste Sanktion für Nichtausländer ist die Eingrenzung in eine Liegenschaft, und diese muss zwingend von einem Zwangsmassnahme-Gericht genehmigt werden und liegt nicht in der polizeilichen Zuständigkeit.

Schliesslich erfolgt bei sämtlichen Anordnungen die Ausrichtung auf den Einzelfall, wobei konkrete und aktuelle Anhaltspunkte für eine terroristische Gefahr vorliegen müssen.

Gesprächsteilnahmepflicht kann Radikalisierung verhindern

Gerade die Gesprächsteilnahmepflicht ist ein wichtiger und zentraler Punkt. Wer sich im Internet und ohne Kontakte zu weiteren Menschen radikalisiert und seine Pläne ohne jegliche Reflektion im stillen Kämmerlein fasst, den muss man rasch und konkret ansprechen können. Hier kann von Seiten eines potentiellen Täters nie eine Freiwilligkeit erwartet werden, und deshalb müssen die Strafverfolgungsbehörden ein Instrument haben, um den notwendigen Zwang auszuüben. Und jene Anhänger des Islamismus, vorwiegend junge Männer, die in dubiosen Hinterhofmoscheen in die Fänge von gefährlichen Hasspredigern geraten und auf dem Weg der Radikalisierung sind, müssen zu Gesprächen verpflichtet werden. Durch ein solches Ansprechen wird möglicherweise dem einen oder anderen klar, dass er sich auf einem Irrweg befindet.

Viele potentielle Terroristen gehen davon aus, dass sie nie in den Fokus der Sicherheitsbehörden geraten, weil sie sich angeblich unerkannt im Netz bewegen und die sonstigen Kontakte nicht bekannt werden. Erfolgt dann ein verbindliches Aufgebot zu einem Gespräch, realisieren die Terrorverdächtigen, dass sie auf dem Radar von Polizei und Nachrichtendienst sind, und dies kann ein erster Schritt in Richtung Deradikalisierung sein.

Reine Stimmungsmache der Gegner

Die Gegner des Gesetzes warnen vor der «Aushebelung der Rechtsstaates und der Aufhebung der Unschuldsvermutung». Dies ist reine Stimmungsmache. Das Schweizerische Strafrecht kennt den Tatbestand der strafbaren Vorbereitungshandlung, wobei bestraft werden kann, wer planmässig konkrete technische oder organisatorische Vorkehrungen zu einer schweren Straftat trifft. Und hier schliesst das neue Terrorgesetz eine wichtige Lücke, weil es zu einem früheren Zeitpunkt greift und nicht erst zur Anwendung kommt, wenn der Point of no Return bereits überschritten ist.

Deshalb müssen verantwortungsvolle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 13. Juni ein «Ja» zum Bundesgesetz über die polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus in die Urne legen.

Markus Melzl



Geschenkgutscheine
à Fr. 250.– mit Fr. 50.– Rabatt

Sind auch gültig für Spezial-Angebote

Kopiererpapier
Sensationelle
Fr. 3.90

500 Blatt, exkl. MWSt.+ Versand bar (10 P. = 10.–)

OCotex AG – 041 799 50 00





Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 13. Juni 2021

Wollen Sie das «**Bundesgesetz
über die Verminderung von
Treibhausgasemissionen
(CO₂-Gesetz)**» annehmen?

Antwort

Nein

Teuer. Nutzlos. Ungerecht.

www.teuer-nutzlos-ungerecht.ch

Missratenes
CO₂-Gesetz

Nein

Unterstützen Sie unsere Kampagne!



linktr.ee/neinco2gesetz

Problematische Elektrofahrzeuge

Hochgefährliche Batteriebrände

von Stephan Amacker, dipl. Maschineningen. ETH, Neftenbach ZH

Die Elektrofahrzeuge sind ein boomender Markt, auch wenn der Anteil dieser Fahrzeuge noch gering ist. Aus der bisherigen Erfahrung ist die Unfallgefahr solcher Fahrzeuge vergleichbar mit denjenigen mit Verbrennungsmotor. Wegen spektakulären Brandfällen, insbesondere bei Batteriebränden, stehen die Elektrofahrzeuge jedoch in der Kritik.



E-Autos brennen zwar nicht häufiger als solche mit Verbrennungsmotoren, jedoch sind Brandverläufe und Auswirkungen gegenüber Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor unterschiedlich. Spontane Brände treten selten auf, da bei modernen e-Fahrzeugen ein automatischer Stromunterbruch bei harten Stössen vorgesehen ist. Die meisten Brände entstehen bei Ladevorgängen, Zusammenstössen, insbesondere wenn die Batteriezelle beschädigt wird, oder bei mangelhafter Wartung.



Der schlimmste Fall tritt ein, wenn die Batterie zu brennen beginnt. Diese Situation ist gefährlicher als bei Fahr-



zeugen mit Verbrennungsmotoren, da diese Brände deutlich länger dauern, grössere Hitze entfalten und hochgiftige Stoffe absondern. Diese Situation entsteht hauptsächlich dann, wenn das Batteriegehäuse aufbricht. Dabei entsteht sehr viel Wärme, und diese produziert Sauerstoff, der den Brand weiter fördert; ebenso entsteht giftige Flusssäure (Fluorwasserstoffsäure), die stark ätzend auf die Haut, die Schleimhäute und die Bindehaut der Augen wirkt, wobei schon eine geringe Exposition schnell zum Tod führen kann. Die Batteriespannung wurde inzwischen bis zu 800 Volt erhöht, was beim Löschvorgang beachtet werden muss. Die Sicherheitsanforderungen enthalten diesbezüglich einen Abschaltautomatismus, um Überschlüge zu vermeiden. Zunehmend werden die Batteriegehäuse verstärkt, was aber zu einer massiven Gewichtserhöhung führt. Tritt ein Batteriebrand auf, so werden sehr hohe Anforderungen an die Feuerwehr gestellt, was heute noch nicht gewährleistet ist. Bis zu sechs Kubikmeter Wasser wird benötigt, um einen solchen Brand zu kühlen und zu löschen, was ein handelsübliches Tanklöschfahrzeug (TLF) überfordert.

Brandgefahr bei Heimpladestationen

Der Ladeprozess innerhalb eines Gebäudes birgt grundsätzliche Brandgefahr, da er meist in der Nähe von brennbarem Material und von Fahrzeugen mit Brennstoff stattfindet. Der Gefährdung von Liegenschaften wird Rechnung getragen, indem solche Ladestationen in getrennten Räumen installiert werden, was den Bau verteuert. Laden über eine Haushaltsanschluss sollte vermieden werden; es sollten nur spezielle Anschlüsse mit Sicherheitseinrichtung verwendet werden, um Funkenschlag zu vermeiden und Entzündungen durch Überhitzung vorzubeugen.

Schwachstellen

Die bisherigen Crash-Versuche mit Elektrofahrzeugen beschränken sich auf Aufprall-Geschwindigkeiten unter 64 km/h. Dabei wurde keine Zerstörung der Batteriezelle festgestellt. Bei höheren Geschwindigkeiten kann dies aber sehr wohl auftreten, und das Gefahrenpotential wird wesentlich erhöht. Als wichtigste

Schwachstellen gelten:

Ungenügend ausgerüstete und ausgebildete Feuerwehren; alte Modelle von e-Autos und Hybriden; unsachgemässe Installation der Ladestationen; unbelüftete Räume mit Ladestationen.

Heutiger Entwicklungsstand

E-Fahrzeuge existieren seit Mitte des 20. Jahrhundert. Der Bau von leistungsstarken e-Autos mit Lithium-Ionen-Batterie-Technologie begann jedoch erst in den 2000er Jahren. Aktuell befinden wir uns in einer intensiven Entwicklungsphase, so dass noch keine klare Beurteilung der Gefahren durch die verwendete Batterietechnologie besteht. Gesichert ist jedoch folgendes:

- Die Batterie ist der zentrale Schwachpunkt: Die Leistung wird bei jedem neuen Modell gesteigert; die Spannung wird laufend erhöht; Ladeströme von aktuell bis zu 64 Ampère erhöhen das Brandrisiko.
- Durch ein unsinniges Leistungspotential – Beschleunigung auf 100 km/h innert vier Sekunden – steigt das Unfallrisiko auf der Strasse.
- Sicherheitsanforderungen führen zu immer schwereren Fahrzeugen.
- Die Fahrzeuge sind deutlich teurer als solche mit Verbrennungsmotor

Die Industrie wird in den nächsten Jahren jedoch in der Lage sein, konkurrenzfähige Fahrzeuge auf den Markt zu bringen. Bei den Lastwagen und Landwirtschaftsfahrzeugen, bei denen wegen der kleinen Seriengrösse sehr hohe Entwicklungskosten amortisieren werden müssen, wird eine Ablösung noch Jahrzehnte dauern.

Allgemeine Schwachstellen der Technologie

Problematisch wird die ausreichende Zurverfügungstellung von Strom in der geforderten Stromstärke und Strommenge. Sollen solche Fahrzeuge der 80 kWh-Kategorie in einem Mehrfamiliengebäude über Nacht geladen werden, stösst man an folgende Grenzen: 1. Für mehrere Fahrzeuge mit 32–64 Ampère Ladestrom müssen entsprechende Zuleitungen nachgerüstet werden. 2. Wird ein Grossteil der Fahrzeuge durch e-Mobilität ersetzt, fehlt die Versorgungskapazität. 3. Wird Solarstrom verwendet, müssen gewaltige Stromspeicher erstellt werden, da hauptsächlich in der Nacht geladen wird. 4. Verzichtet man auf Strom aus Kernkraftwerken, wird zu wenig Grundlast erzeugt, um dieser Entwicklung zu folgen.

Vergleiche zu den Verbrennungsmotoren zeigen zudem ökologische und wirtschaftspolitische Probleme auf: Die Lithium-Ionen-Technologie ist abhängig von wichtigen Grundstoffen, die insgesamt mit hoher grauer Energie gefördert werden und die Ökologie dieser Batterien zweifelhaft erscheinen lässt. Ein Mittelklassefahrzeug muss über 120'000 km (oder 8,5 Jahre) betrieben werden, bis es eine bessere Ökobilanz aufweist als ein Dieselfahrzeug. Die Förderung dieser Grundstoffe ist zu einem grossen Teil in chinesischer Hand, was politisch heikel ist und in gefährliche Monopolsituationen mündet.

Fazit

Die e-Mobilität hat das Potenzial einer Ablösetechnologie zum Verbrennungsmotor, ist aber noch nicht ausgereift und teuer. Die Gefahren durch Batteriebrände sind erkannt und werden ständig reduziert. Ziel muss es sein, diese Schwachstelle durch die Entwicklung anderer Systeme zu eliminieren. Eine vollständige Umstellung auf e-Mobilität ist jedoch mit der aktuellen Strompolitik in der Schweiz mit dem Ausstieg aus der Kernkraft nicht realistisch.

Stephan Amacker

Und wenn's brennt?

Wir erfuhren es – eher zufällig – aus der Stadt Bern. Dort schafft die Feuerwehr Spezialgerätschaften an für den Fall, dass Elektro-Autos in Brand geraten – was schon Tatsache geworden ist.

Dass der Brand eines Sonnenkollektoren-Daches keinesfalls mit Wasser bekämpft werden darf, spricht sich allmählich herum. Weniger bekannt ist, dass Batterien in Elektro-Autos nicht gelöscht werden können. Sie brennen tagelang, allenfalls wochenlang. Feuerwehren schaffen jetzt spezielle Greifer und spezielle Container an. Mit dem Greifer wird das brennende E-Auto in den Spezial-Container gehievt, wo man es – an abgesperrte Stelle transportiert – ausbrennen lassen kann, gegebenenfalls während Wochen.

Was aber, wenn der Brand in einem Parkhaus ausbricht? Oder in einem Tunnel? Daraus können Katastrophen heute unabsehbaren Ausmasses Tatsache werden. Aus Deutschland wissen wir, dass es dort Parkhäuser gibt, die mit Elektro-Autos nicht benutzt werden dürfen – aufgrund der von diesen ausgehenden Gefahr nicht löscharer Brände. Wir erhielten auch einen Bericht (dessen Tatsachengerechtigkeit wir allerdings nicht abklären konnten), wonach in Deutschland Brandausbrüche in E-Autos alle E-Funktionen sofort unterbunden oder blockiert hätten – mit teils tödlichen Folgen für Insassen, die im Auto eingesperrt blieben.

Bei aller selbst vom Bundesrat emporgejubelten E-Euphorie: Warum werden derart brisante Gefahren der Bevölkerung nicht unvoreingenommen mitgeteilt – bevor eine Katastrophe Tatsache wird? Für Corona haben x teils unbewiesene Annahmen und Schreckensszenarien die Funktionsbürokratie zu immer weiteren Einsperr- und Stilllegungsdekreten veranlasst, obwohl die Gründe dafür oft alles andere als klar und erwiesen waren. Im Rahmen der E-Beschwörung unserer Tage wird echte Gefahr nicht absehbaren Ausmasses aber einfach unter den Tisch gekehrt. Wer haftet dafür?

us



INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 6
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!



WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.COM

Das **Covid-Gesetz** beendet die freie Schweiz

Gesetz diskriminiert
Ungeimpfte



13. JUNI
nein

Massenüberwachung!
mit umfassendem Contact Tracing

Rechte verlieren
für wacklige Entschädigungen?

Appell an Frau Sommaruga betreffend CO₂-Gesetz**Verbreiten Sie Fakten statt Fake News!**

In einem Interview mit CH Media vom 22.4.2021 verbreitet Bundesrätin Simonetta Sommaruga zahlreiche Fake News. Wir stellen die krassesten Falschaussagen richtig.

1. Sommaruga behauptet, die Mehrkosten für eine Familie würden 100 Franken pro Jahr betragen. Wahr ist: Allein der sogenannte Klimafonds soll jährlich mit 1 Milliarde Franken gespiesen werden. Das macht pro Kopf der Bevölkerung rund 120 Franken. Für eine vierköpfige Familie entstehen so einzig wegen dieses unnötigen und teuren Fonds Mehrkosten von fast 500 Franken pro Jahr. Und die Erhöhungen auf Benzin und Diesel kommen noch dazu. Sämtliche Verteuerungen durch das CO₂-Gesetz führen für eine vierköpfige Familie zu Mehrkosten von bis zu 1'000 Franken pro Jahr.

2. Sommaruga behauptet, die «Erdöllobby» kämpfe praktisch allein gegen das neue Gesetz. Das ist unwahr: Im Nein-Lager befinden sich u.a. der Nutzfahrzeugverband, Auto Schweiz, Handel Schweiz, der ACS, der Autogewerbeverband, Strasse Schweiz, der Gewerbeverband des Kantons Zürich, der Hauseigentümerverband, die SVP, Gastrosuisse, die Jungliberalen.

3. Sommaruga behauptet, die Auswirkungen für die Mieter seien «unbedeutend», das sage auch der Mieterverband. Tatsache ist: Die Mehrkosten würden natürlich auf

die Nebenkosten abgewälzt. Dies wird für einen 2-köpfigen Haushalt rund 300 Franken pro Jahr ausmachen.

4. Sommaruga behauptet, das CO₂-Gesetz sei ein grosser Vorteil für die KMU. Richtig ist das Gegenteil: Das Gesetz verzerrt den Wettbewerb und führt zu höheren Produktionskosten. Die KMU wird es besonders hart treffen, weil Teile ihrer Wertschöpfung standortgebunden sind.

5. Sommaruga behauptet, die Schweiz könne mit dem CO₂-Gesetz dem Klima helfen. Das ist Mumpitz. Fakt ist: Die Schweiz stösst 0,1 Prozent aller Treibhausgase weltweit aus. Sie kann selbst mit null CO₂-Ausstoss kaum etwas zur globalen Reduktion beitragen. Ausserdem senkt die Schweiz den Pro-Kopf-Ausstoss jedes Jahr bereits um 2,5 Prozent. Es besteht die Gefahr, dass energieintensive Unternehmen aus der Schweiz verschwinden und ihre Produkte in Billiglohnländern herstellen, die für ihren Strombedarf zusätzliche Kohlekraftwerke bauen. Die Schweiz hat bereits heute die höchsten CO₂-Abgaben der Welt.

Fazit: Am 13. Juni 2021 NEIN zum verfehlten CO₂-Gesetz!

Gender-Sternchen und andere Lifestyle-Probleme



«Mir ist es egal, wer sein Geschlecht wie definiert, und es kann meinetwegen ich weiss nicht wie viele Geschlechter geben. Aber man muss doch trotzdem sehen, dass die übergrosse Mehrheit der Menschen sich ja offensichtlich entweder als Mann oder Frau sieht und andere Probleme hat, als möglicherweise in der Ansprache «miss-gegendert» zu werden.»

Diese bemerkenswerte Aussage in der Sendung «Markus Lanz» stammt nicht von einem alten weissen Mann, sondern von einer der führenden Linken in Deutschland, Sahra Wagenknecht.

Sie bringt damit die aktuelle Gender-Diskussion auf den Punkt und zeigt auf, wie sich linke Politik von den Alltagsproblemen der Menschen entfernt hat. Konkret stellt sie fest: «Statt um soziale Ungleichheit, Armutslöhne und niedrige Renten drehen sich linke Debatten heute oft um Sprachsensibilitäten, Gendersternchen und Lifestyle-Fragen.»

Was Frau Wagenknecht beschreibt, kann auf die Schweiz übertragen werden. Auch die SPS kümmert sich vornehmlich um diese Themen – in den kantonalen Parlamenten

ergänzt durch «Gratis-Tampons für alle» oder durch die Errichtung neuer soziokultureller Fachstellen für Mini-Minderheiten. Gleichzeitig fährt die SP auch hierzulande immer schlechtere Wahlergebnisse ein.

Damit kann ich natürlich gut leben – das Problem ist aber, dass all jene, für welche diese Themen nicht relevant sind, sofort in eine Ecke gestellt werden. «Cancel Culture» nennt man diese Tendenz. Wer nicht dieses links-alternative Akademiker-Mainstream-Wording übernimmt, wird gleich als Rassist verschrien, und ein «Shitstorm» in den Medien ist garantiert.

Diese linke Meinungsdictatur führt dazu, dass sich immer mehr Leute von der Politik abwenden, weil die echten Alltagsprobleme nicht mehr adressiert werden dürfen. Dieser Tendenz muss man mutig entgegenreten, denn am Ende des Monats muss die Politik den Leuten einen Arbeitsplatz und soziale Sicherheit garantieren. Mit der linken Prioritätensetzung wird das Gegenteil erreicht. Übrigens: Sahra Wagenknecht wird für ihren Klartext in der linken Szene heftig kritisiert. Die Revolution frisst mal wieder ihre eigenen Kinder.

Joël Thüring, Grossrat des Kantons Basel-Stadt



Teppichwäscherei und Reparatur

**TEPPICH
WÄSCHE**
mit Know-How!

!SONDERAKTION!

**3 Teppiche waschen
nur 2 bezahlen**

Ab Heute 10 Tage gültig.

30 JAHRE

**Wir waschen und restaurieren allerlei Teppiche wie NEU!
Vom Spezialisten mit langjähriger Erfahrung.**



Biowäsche-Reinigung und Reparatur

- Imprägnierung und Superglanzwäsche
- Tierhaare und Urinbeseitigung, Geruchsbeseitigung
- Waschen mit Naturprodukten



Vorher

Nachher

- Spezial-Teppichrückfettung
- Entmotten und Milbenschutz
- Handeln Sie schnell
- Spezialschutz vor Motten und Milben

bis zu
50 %
auf
Reparaturen



Vorher

Nachher

- Spezialfleckenbehandlung
- Fleckenentfernung
- Brandschaden, Restauration
- Neue Fransen anknüpfen
- Löcher neu zuknüpfen
- Kanten erneuern
- Teppichspannen



Vorher

Nachher

Kostenlose Beratung,
sowie Abhol- und
Bringservice im
Umkreis von 100 km!



Waschvorgang:

1. Schritt: Teppich wird gründlich abgeklopft (Entfernung von Milben & Motten).
 2. Schritt: Teppich wird mit reinem Wasser und unseren Extrakten per Hand gewaschen und speziell rückgefettet.
 3. Schritt: Teppich wird imprägniert und gegen Motten geschützt.
 4. Schritt: Teppich wird gespannt
 5. Schritt: Teppich wird schonend getrocknet und anschließend kontrolliert.
- Ohne Farbverluste, kein Farbverlauf und keine Heißtrocknung. Ihr Teppich wird wie NEU.

Schöngrund 33 • 6343 Rotkreuz
Tel: 041 799 50 09 • Handy: 076 232 21 20

Öffnungszeiten: Mo. – Fr.: 10.00 – 17.00 Uhr • Sa.: 10.00 – 14.00 Uhr

Die Verklärung der Frau Wagenknecht



Kommentatoren fast aller politischen Schattierungen, namentlich von rechts, jubeln derzeit über das neueste Buch «Die Selbstgerechten» von Sahra Wagenknecht – Bundestagsabgeordnete und ehemalige Parteivorsitzende der «Linken» –, als würde sie das Evangelium verkünden.

«Endlich hält eine Linke, die auf dem Boden geblieben ist, den Lifestyle-Linken den Spiegel vor», betonen sie zurecht. Denn Sarah Wagenknecht spricht Klartext: Die gutverdienenden Salon-Linken orientierten sich nicht mehr an den Problemen der «kleinen Leute» – wie ungebremste Zuwanderung, Lohndruck, Arbeitsplatzverlust, soziale Unsicherheit und politischer Islam. Vielmehr fixierten sie sich auf korrekte Gender-sprache, auf Quoten und «Diversity», sie würden die Moralkeule schwingen und den Kampf gegen Symbole und gegen Statuen statt gegen die wahren Probleme

führen. Darum habe es die Linke schwer, Wählerinnen und Wähler zu überzeugen.

Mit dieser Beurteilung trifft Frau Wagenknecht zweifellos ins Schwarze – und ihre Aussagen gelten weitgehend auch für die schweizerische Sozialdemokratie. Die lebensfremde leistungs- und eigentumsfeindliche Umverteilungspolitik der SP-Führungscrew, welche die Probleme der «kleinen Leute» nur vom Hörensagen kennt, stets die Moralkeule schwingt und vom Hörsaal in der Regel direkt in den Ratssaal gekommen ist, lässt grüssen.

Allerdings sollten sich auch die Wagenknecht-Bewunderer kritisch hinterfragen. Denn die Vielgerühmte ist und bleibt eine stramme Linke, welche mit gekonnter Publicity weiterhin den Sozialismus (wenn auch mit ein paar Retouchen) predigt und Staatsmonopolen das Wort redet. Der reale Sozialismus ist bekanntlich gescheitert, weil er letztlich am Wesen des Menschen vorbeigeht. Daran wird auch Frau Wagenknecht nichts ändern.

Nina Fehr Düsel, Kantonsrätin SVP, Küsnacht

Der Taugenichts

Die ersten Veilchen waren schon
Erwacht im stillen Tal;
Ein Bettelack stellt' seinen Thron
Ins Feld zum ersten Mal.
Der Alte auf dem Rücken lag,
Das Weib, das wusch am See;
Bestaubt und unrein schmolz im Hag
Das letzte Häuflein Schnee.

Der Vollmond warf den Silberschein
Dem Bettler in die Hand,
Bestreut' der Frau mit Edelstein
Die Lumpen, die sie wand;
Ein linder West blies in die Glut
Von einem Dorngeflecht,
Drauf kocht' in Bettelmannes Hut
Ein sündengrauer Hecht.

Da kam der kleine Betteljung',
Vor Hunger schwach und matt,
Doch glühend in Begeisterung
Vom Streifen durch die Stadt,
Hielt eine Hyazinthe dar
In dunkelblauer Luft;
Dicht drängte sich der Kelchlein Schar,
Und selig war der Duft.

Der Vater rief: «Wohl hast du mir
Viel Pfennige gebracht?»
Der Knabe rief: «O sehet hier
Der Blume Zauberpracht!
Ich schlich zum goldnen Gittertor,
So oft ich ging, zurück,
Bedacht nur, aus dem Wunderflor
Zu stehlen mir dies Glück!



«O sehet nur, ich werde toll,
Die Glöcklein alle an!
Ihr Duft, so fremd und wundervoll,
Hat es mir angetan!
O schlaget nicht mich armen Wicht,
Lasst Euren Stecken ruh'n!
Ich will ja nichts, mich hungert nicht,
Ich will's nicht wieder tun!»

«O wehe mir geschlagnem Tropf!»
Brach nun der Alte aus,
«Mein Kind kommt mit verrücktem Kopf,
Anstatt mit Brot nach Haus!
Du Taugenichts, Du Tagedieb
Und deiner Eltern Schmach!»
Und rüstig langt' er Hieb auf Hieb
Dem armen Jungen nach.

Im Zorn frass er den Hecht, noch eh'
Der gar gesotten war,
Schmiss weit die Gräte in den See
Und stülpt' den Filz aufs Haar.
Die Mutter schmäht' mit sanftem Wort
Den missgeratnen Sohn,
Der warf die Blume zitternd fort
Und hinkte still davon.

Es perlte seiner Tränen Fluss,
Er legte sich ins Gras
Und zog aus seinem wunden Fuss
Ein Stücklein scharfes Glas.
Der Gott der Taugenichtse rief
Der guten Nachtigall,
Dass sie dem Kind ein Liedchen pfiß
Zum Schlaf mit süssem Schall.

Gottfried Keller (1819–1890)

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 15)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Geschäftsführer der Auns, Eglisau ZH



An der 15. Mitgliederversammlung vom 13. Mai 2000 in Bern warnt Auns-Präsident Christoph Blocher eindringlich vor dem **Grossangriff auf unsere Neutralität und Souveränität**: «Zu einem eigentlichen Schwächeanfall der classe politique kam es Anfang der 90er Jahre. Bundesrat und Parlament, die meisten Verbände, Medien und was «Rang und Namen» hatte, war nicht mehr bereit, diese Staatsäulen im Ausland zu verteidigen. Nicht nur Schwäche, sondern auch ein grosses Mass an internationaler Geltungssucht führte zu dieser Entwicklung.

Das Resultat war ein trügerischer ewiger Friedenstau nach dem Fall der Berliner Mauer – mit kopflosen, naiven Liebeserklärungen an die internationale Staatengemeinschaft. Man hielt Anpassung und Preisgabe der Selbstbestimmung plötzlich für chic, und die Neutralität wurde als «nicht mehr zeitgemäss» deklariert.»

Im Jubiläumsjahr der 700-jährigen Eidgenossenschaft, so Blocher, habe die Aussage, es gebe keinen Sonderfall Schweiz, zum Repertoire der Politiker gehört. Und in Anbetracht der Erpressungsversuche amerikanischer Kreise wegen des schweizerischen Verhaltens im Zweiten Weltkrieg habe die political correctness verlangt, nachzugeben und sich für unserer Väter und Grossväter zu entschuldigen. «Diese politische Geisteshaltung hat zur Gründung der Auns geführt.»

Blocher stimmt darauf die Auns-Mitglieder mit flammenden Worten auf die bevorstehenden Abstimmungskämpfe ein: Nein zu Schweizer Soldaten im Ausland, nein zum Beitritt zur politischen Uno und nein zur

EU-Beitrittsinitiative (welche den Bundesrat zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen verpflichten will).

Erfolgreich sind wir dann bekanntlich bei der Beitrittsinitiative, die grossmehrheitlich abgelehnt wird – leider aber nicht bei den militärischen Auslandseinsätzen (an denen wir heute noch «kranken») und auch nicht bezüglich Uno, wo es heute darum geht, unter allen Umständen die Einsitznahme der Schweiz im Sicherheitsrat zu verhindern.

*

Nachdem das Zürcher Volk einer **Totalrevision der Kantonsverfassung** zugestimmt hat – und zwar über einen **Verfassungsrat** – werden dessen hundert Mitglieder am 18. Juni 2000 ebenfalls in einer Volkswahl bestimmt. Die treibende Kraft für eine neue Verfassung ist die Linke. Ihre Vorschläge zeigen klar: Die SP will eine verfassungsmässige Verankerung von mehr Staat, mehr Zentralismus und Bürokratie – also mehr Sozialismus. Sie will weniger Rechte für den Bürger, weniger Gemeindeautonomie sowie die die Aufhebung der Bezirke.

Wir von der SVP und der Auns wollen selbstverständlich das Gegenteil: Wir wollen dem Bürger mehr Rechte einräumen und ihn vor der staatlichen Allmacht schützen. Wir wollen weniger Steuern, Abgaben und Gebühren und mehr Sicherheit für die Bürger (statt uns für das für das «Wohl» der Täter einzusetzen). Insgesamt geht es um die Weichenstellung, ob der Kanton Zürich eine freiheitliche oder eine sozialistische Verfassung bekommen soll.

Der Kanton Zürich wird in drei Wahlkreise eingeteilt. Die SVP tritt mit drei vollen Listen an – und dies mit Erfolg: Mit 31 Mitgliedern stellen wir die stärkste Fraktion im hundertköpfigen Gremium. Dies sind im Wahlkreis I (Unterland, Dietikon, Affoltern, Horgen, Meilen): Hans Fehr, Eglisau; Hans Mathys, Dielsdorf; Bruno Baur, Rafz; Hans Bohnenblust, Dietikon; Rainer



Das Büro Ha deckt auf!



Immer dann, wenn französische Generäle sich zu Wort melden, brennt irgendwo die Zündschnur. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass sie generell über sehr gute Kenntnisse der aktuellen Lage verfügen. Praktisch alle Offiziere aus Polizei und Armee haben Auslands- oder Kriegserfahrung. Sie wissen, wovon sie reden. Im Gegensatz zu uns, wo das reale Vorstellungsvermögen bescheiden ist. Mit grosser Verzögerung haben die Medien berichtet, dass aktive und pensionierte französische Offiziere den «Umsturz»

planten. Die «NZZ» hat in völliger Unkenntnis der Verhältnisse einen Beitrag veröffentlicht, der an Banalität und Dummheit nicht mehr zu überbieten ist. Tatsache ist: Die Zustände in den Banlieus und anderen «No go Areas» Frankreichs, haben ein derart chaotisches Mass erreicht, dass die Generäle einen Brief an den Staatspräsidenten gesandt haben. Weil dies nichts gefruchtet hat, haben rund 4'000 Offiziere aktive Armee und Polizei zum «Auftritt» für Ruhe und Ordnung aufgefordert. Wenn die politische Führung versagt, machen es eben jene, die es können. Die französische Armee ist dazu fähig. «En avant!» heisst das.

Tis Hagmann

AUS GRENDELMEIERS «REICH DER MENSCHEN»»



Bienen

Was sagt doch jeder Kandidat
beim Kampfe um ein Amt beim Staat?
«O heissgeliebte Bürgerschaft!
Ich schenk' euch meine ganze Kraft!
Wenn ihr mich wählen solltet, diene
ich euch wie eine Arbeitsbiene!»
Doch er entpuppt sich zweifelsohne
nach seiner Wahl als fette Drohne.

Klopfer, Stallikon; Walter von Siebenthal, Knonau;
Rachel Eckert, Kloten; Albert Berbier, Embrach; Bruno
Suter, Au; Gregor A. Rutz, Zollikon; Hans Rasi, Aesch
b. Birmensdorf; Kurt Zellweger, Geroldswil; Bernhard
Lauper, Feldmeilen; Urs Meyer, Niederglatt.

Im Wahlkreis II (Andelfingen, Winterthur, Oberland)
werden gewählt: Ulrich Schlüer, Flaach; Hermann
Weigold, Winterthur; Annelies Schneider-Schatz,
Adetswil; Reinhold Schätzle, Esslingen; Fritz Oesch,
Wermatswil; Ernst Hauser, Turbenthal; Peter Marti,
Winterthur; Andreas Frei, Ellikon a.d.Thur; Kurt Stä-
heli, Marthalen; Rudolf Bolliger, Weisslingen; Bruno
Kuhn, Winterberg.

Und die Mitglieder des Wahlkreises III (Stadt Zürich)
sind: Jörg Rehberg, Kurt Egloff, Alfred Heer, Dieter
Hierholzer, Peter Karlen, Peter Kottusch.

KEIN MONOPOL DEM EU- SÜCHTIGEN MEDIEN- EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2021: Fr. 40.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zu-
sätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant»
per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht
statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch



Rita Fuhrer, flankiert von Hans Rutschmann (rechts) und Dr. Hans Schmid

Präsident der SVP-Verfassungsratsfraktion wird Nati-
onalrat **Ulrich Schlüer**, der die Fraktion fortan in zahl-
losen Sitzungen während rund vier Jahren kompetent
durch alle oft anspruchsvollen Situationen führt und es
auch versteht, in wesentlichen Fragen mit den (damals
noch) bürgerlichen Kräften zusammenzuarbeiten.

*Und das Resultat darf sich schliesslich aus SVP-/Auns-/
freiheitlicher Sicht durchaus sehen lassen: Die demo-
kratischen Rechte des Zürcher Volkes bleiben gewahrt,
die nebulöse «allgemeine Volksinitiative» ist chancen-
los, die Gemeindeautonomie bleibt intakt, die Bezirke
werden nicht abgeschafft, das Ausländerstimmrecht
wird abgewendet, und unser Bürgerrecht wird nicht ver-
scherbelt. Fazit: Der linke Angriff auf unsere Freiheit
und Sicherheit wird (noch einmal) abgewehrt.*

*

Das Jahr 2000 ist im Kanton Zürich auch politisch ein
Sonderfall: Mit Kantonsratspräsident Hans Rutsch-
mann, Rafz, Regierungspräsidentin Rita Fuhrer und
Obergerichtspräsident Dr. Hans Schmid befinden sich
alle drei Staatsgewalten in SVP-Hand. Und auf Bundes-
ebene sieht es mit Bundespräsident Adolf Ogi und Natio-
nalratspräsident Hanspeter Seiler «SVP-/Auns-mässig»
ebenfalls gut aus.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr



Büchertisch

BESTSELLER



Corona – Fehlarmlarm?

Zahlen, Daten und Hintergründe

Dr. Karina Reiss/Dr. Sucharit Bhakdi

Unzählbare Machenschaften wurden entfaltet, das Erscheinen dieses Buches zu verhindern. Weil es fundiert und überlegt Kritik übt an

Vielem, was Regierungen im Vollmachten-Regime als angebliche Corona-Bekämpfung durchgesetzt haben. Was war, was ist wirklich gerechtfertigt – und was dient den Regierungen bloss dazu, ihren Machtbereich auf Kosten der Demokratie auszudehnen?

*Goldegg, Berlin 2020, 159 S., brosch., (Richtpreis Fr. 21.90)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit: Fr. 19.70*



Der Superstaat

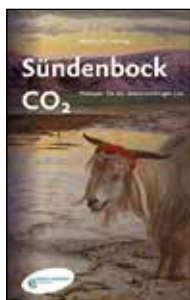
Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt

Beat Kappeler

Dieses Buch ist der beste Wegweiser in der Debatte um den EU-Rahmenvertrag. Macht-Eliten wollen damit eine zentralistische, der Funktionärsherrschaft unterworfenen Staatsordnung, angelehnt an die EU-Bürokratie, durchsetzen – obwohl die bürokratische Gleichschaltung die Wirtschaft der EU immer weiter in Rückstand bringt gegenüber den USA und Fernost.

*NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, 151 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.–)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit Fr. 30.60*

AKTUELL



Sündenbock CO₂

Plädoyer für ein lebenswichtiges Gas

Markus O. Häring

Man tut im Blick auf die CO₂-Abstimmung so, als würde die Menschheit vom CO₂ vergiftet. Sachliche Auseinandersetzung mit der lebensnotwendigen Bedeutung von CO₂ ist entsprechend angebracht. Markus O. Häring, ausgewiesener Kenner der Energie-Problematik, sich seit Jahren für die Entwicklung nachhaltiger Ressourcen einsetzend, tritt den Angstmachern entgegen, die mit der Energiewende die freiheitliche Wirtschaftsordnung ihrer Macht unterwerfen wollen

*Carnot-Cournot, Basel 2017, 180 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 29.–)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit Fr. 26.80*



Noch normal? – Das lässt sich gendern!

Gender-Politik ist das Problem, nicht die Lösung

Birgit Kelle

Gender-Politik, die Forderung nach freier – je nach Umständen wechselnder – Geschlechtswahl: Das wäre das Ende der Familie, das wäre die umfassende Gesellschafts-Beherrschung durch die Staatsbürokratie. So wie

Linksgrün solche Gender-Ziele beweihräuchert, so entschieden tritt ihnen die brillante Publizistin Birgit Kelle entgegen: Sie hält den Gender-Politikern den Spiegel der von ihnen angestrebten Gesellschafts-Zerstörung vor.

*Finanzbuch, München 2020, 302 S., brosch., (Richtpreis Fr. 28.90)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit Fr. 26.–*



Unerwünschte Wahrheiten

Was Sie über den Klimawandel wissen sollten

Fritz Vahrenholt, Sebastian Lüning

Seit die Menschheit das Klima wahrnimmt, ist das Klima Veränderungen unterworfen. Wärmeperioden wechselten mit Kälteperioden ab. Eine Tatsache, welche die Forscher im UNO-Klimarat und ihre Anhänger hierzulande konsequent unterdrücken. Die behauptete Abhängigkeit der Temperatur vom CO₂-Ausstoss ist nicht belegbar.

*Langen Müller, München 2020, 347 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 33.90)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit Fr. 30.50*



Corona und das verzögerte Sterben

Chaospolitik und Kirchenversagen

Daniel Regli

Der Autor nimmt kein Blatt vor den Mund: Immer klarer wird, dass die Entschiede der Bundesratsmehrheit und das kaltschnäuzige (Miss-) Management des Bundesamts für Gesundheit (BAG) von Inkompetenz, Nachlässigkeit, Willkür und stolzer Sturheit geradezu strotzt.

An den Folgen der mit Corona begründeten Zentralisierung der Macht bei Bundesberns Bürokratie dürften die Schweizerinnen und Schweizer noch jahrelang zu tragen haben.

*Ortesio, Zürich 2021, 132 S., brosch., (Richtpreis Fr. 15.–)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit Fr. 13.50*

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Luftgänger

Jewgeni Wodolaskin

Ein Russe erwacht 1999 aus tiefer Bewusstlosigkeit, und er realisiert allmählich, dass er – nachdem Lenins Revolution seine Jugend geprägt hatte – während siebzig Jahren im Koma gelegen hatte. Allerdings, wie er erfährt, nicht als Kranker oder Verletzter.

Die frühen sowjetischen Potentaten begannen, nachdem sie Lenin erfolgreich «auf ewig» einbalsamiert hatten, an «ewiges Leben» zu glauben, reserviert den Unsterblichen an der Spitze des Sozialismus! Der Held des Romans, 1932 verhaftet, stellte sich den Potentaten, um Folter und Straflager zu entgehen, als «Versuchsobjekt» zur Verfügung – und liess sich für siebzig Jahre tiefgefrieren...

Eine spezielle, aber packende, unter die Haut gehende Begegnung mit besonderen Auswüchsen totalitärer Herrschaft, präsentiert in einem vorzüglich gestalteten Hörbuch.

Hörkultur, Kaltbrunn SG 2020, 2 MP3-CDs, Hördauer 841 Min., (Richtpreis Fr. 41.50)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 37.30

Hörbücher: Spannende Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN

Beute



Warum muslimische Einwanderung westliche Frauenrechte bedroht

Ayaan Hirsi Ali

Ein Buch, das Leserinnen und Leser aufwühlt. Ayaan Hirsi Ali, gebürtig aus Somalia, ist die schärfste Kritikerin totalitärer und gewalttätiger Frauen-Unterdrückung durch den Islam. Sie nimmt kein Blatt vor den Mund, stellt Brutalität gegen Frauen unter muslimischer Herrschaft

unbeugsam bloss. Beschönigung und Verwedelung bringen nichts. Schonungslose Offenlegung sorgfältig dokumentierter Fälle lautet ihre Strategie gegen frauenverachtende Unterdrückung.

Auch jene Feministinnen, welche die frauenfeindliche Brutalität in muslimischen Gesellschaften glauben «übersehen» zu können, werden von Ayaan Hirsi Ali ohne jede Zurückhaltung an den Pranger gestellt.

us

Ayaan Hirsi Ali: «Beute – Warum muslimische Einwanderung westliche Frauenrechte bedroht». Bertelsmann, München 2021, 425 S., geb. (Richtpreis Fr.30.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 27.80

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Dr. K. Reiss, Dr. S. Bhakdi – Corona-Fehlalarm à Fr. 19.70
 Beat Kappeler – Der Superstaat à Fr. 30.60

Aktuell

- Markus O. Häring – Sündenbock CO₂ à Fr. 26.80
 Birgit Kelle – Noch normal? – Das lässt sich ... à Fr. 26.—
 Vahrenholt, Lüning – Unerwünschte Wahrheiten à Fr. 30.50
 Daniel Regli – Corona und das verzögerte Sterben à Fr. 13.50

Hörbuch

- Jewgeni Wodolaskin – Luftgänger à Fr. 37.30

Buchzeichen

- Ayaan Hirsi Ali – Beute à Fr. 27.80

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(10/14.05.2021)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.-Nr.

Datum

Unterschrift



Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 14. Mai 2021

Stammtisch

Unruhige Welt – bedrohte Schweiz

Vermag die Schweizer Sicherheitspolitik angesichts der Vorgänge weltweit zu überzeugen?

Ulrich Schlüer diskutiert mit Tis Hagmann, Oberstlt und Herausgeber des «Büro Ha», und Markus M. Müller, Oberstlt i Gst und Redaktor der «Sicherheitspolitischen Wochenschau» der Fricktalischen Offiziersgesellschaft

Freitag, 21. Mai 2021

Magazin

CO₂-Gesetz: Freiheit oder Sozialismus

Aktuelle Diskussion

Aufzeichnungen und Live-Sendungen werden wie geplant durchgeführt.

Aufgrund der aktuellen Lage ist jedoch die Anwesenheit von Zuschauern weder für Aufzeichnungen noch für Live-Sendungen erlaubt.



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

28. Mai 2021

Zeiten wandeln sich

Kürzlich schaute ich mit meiner Partnerin mal wieder «Blödel-TV». Am Montagabend läuft auf einem Schweizer Privatsender wieder «Die Bachelorette» – ein Unterhaltungsformat, in dem zwanzig Männer um die Gunst einer schönen Frau buhlen. Jede Woche werden ein paar Männer nach Hause geschickt. Für sie heisst es dann jeweils: «Heute gibt es keine Rose für Dich».

Die Sendung ist zusammen mit dem männlichen Pendant «Der Bachelor» das aktuell bekannteste «Trash-Format» im Schweizer Fernsehen. Sie bietet besten Anschauungsunterricht für eine vertiefte Gesellschaftsanalyse und dokumentiert den Wandel von Verhaltensmustern, Werten und ethnischer Zusammensetzung der jungen Generation von heute im Vergleich zu früher.

Ich würde ihr grosses Unrecht antun, würde ich behaupten, die Sendungsteilnehmer wären repräsentativ für die junge – auch meine – Generation. Unsere Generation ist keinesfalls «verloren». Gewisse Tendenzen lassen sich aber festhalten. So widerspiegelt die Sendung beispielhaft, dass die digitale Welt, in die wir hineingeboren wurden, uns über Gebühr zu oberflächlichen, sozial defizitären Selbstdarstellern gemacht hat.

Hört man sich die Lebensziele vieler junger Menschen an, will sich heute fast jeder selbst verwirklichen und «viel Kohle verdienen», ohne sich dafür die Hände schmutzig

zu machen und Verantwortung zu übernehmen. So überrascht auch nicht, dass die Hauptdarstellerin der diesjährigen Staffel von Beruf «Influencerin» und Model ist. Sie gibt vor, ihr Geld mit gestellten Fotos und Produktwerbung auf dem sozialen Medium «Instagram» zu verdienen. Ich denke mir nur: Eine Gesellschaft, die solche Lebensentwürfe möglich macht, darf nicht überrascht sein, wenn das Kartenhaus früher oder später zusammenbricht.

Eine Szene ist mir besonders in Erinnerung geblieben und fasst den Wandel der Zeit eindrücklich zusammen. Unter den vielen Muskelprotzen und Egozentrikern aus aller Herren Länder sticht unter den Kandidaten nämlich ein sympathischer Tennislehrer aus dem Aargau hervor: Der 25-jährige Hans, dessen traditioneller Vorname in seiner Familie seit Generationen weitergegeben wird. Als Hans sich der «Bachelorette» vorstellt, lachen ihn seine zu grossen Teilen süd- und fremdländischen Konkurrenten wegen seines Vornamens hemmungslos aus und machen Witze darüber. Der junge Mann steckt die Attacke aber selbstbewusst weg. Er sei es gewohnt, deswegen gemobbt zu werden.

«Die Bachelorette» führt uns vor Augen: In der Schweiz anno 2021 ist der traditionelle Schweizer der Exot und Ausgegrenzte.

Anian Liebrand

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Pollelt,
Joël Thüring, Isabel Villalon

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

**Schluss
Punkt** 